

DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

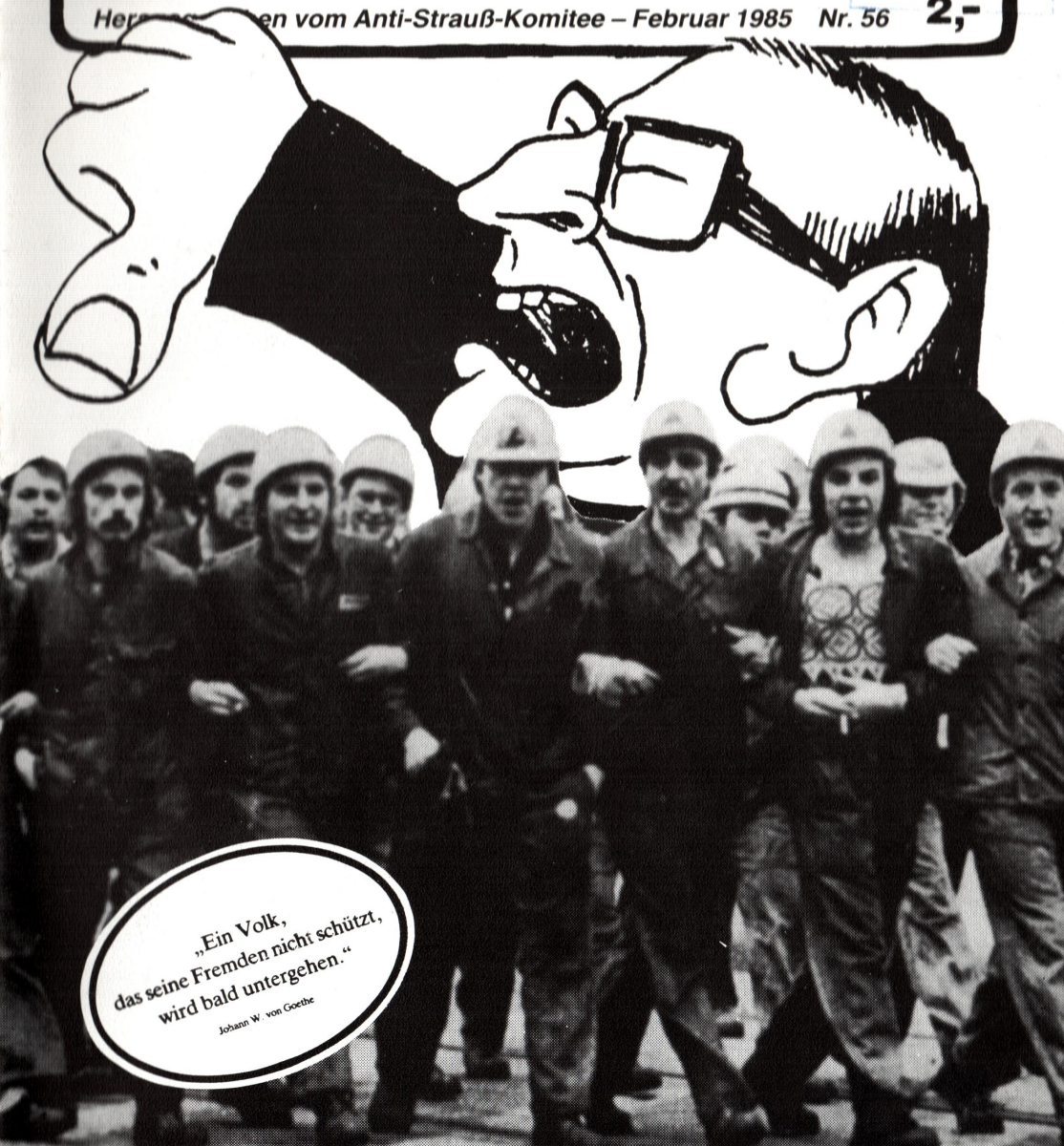
RUB Bochum

Inst. z. Politik
und Sozialwissenschaft

570 1747

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee – Februar 1985 Nr. 56

2,-



„Ein Volk,
das seine Fremden nicht schützt,
wird bald untergehen.“

Johann W. von Goethe

Inhalt:



Im Gewand des Antifaschismus

Zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus wird es Trubel geben in der BRD. Hatten sich die Schwarzen früher gefürchtet vor Terminen, wo sie an ihre eigene Vergangenheit in der NSDAP erinnert wurden, so fliebern sie nun seit Monaten dem 08. Mai entgegen.

Seitdem Strauß im Wahlkampf 79/80 die NAZI = SOZI - Lüge in die Welt setzte, ist diese für CDU/CSU Politiker wieder in Ordnung. Nun sind es für sie die Grünen und der linke Pöbel, die politischen Terror auf der Straße praktizieren und somit an SA, SS und Göbbels erinnern.

Seitdem werden die rechtsten Politiker zu engagierten Antifaschisten: Während die Schlesier ihre „Heimat“ zurückerobern wollen, zeigen sie in Westberlin gleichzeitig eine Ausstellung über ihren „Widerstand“ gegen den Hitlerfaschismus, und auch „die CDU hat keine Komplexe ... sie ist aus dem Widerstand hervorgegangen“ (CDU-Parteisprecher Wolter von Tiesenhausen zum Thema 08. Mai).

Angesichts dieser Perspektiven kann die Reaktion beruhigt sagen, daß die Deutschen aus der Geschichte gelernt hätten und nicht nur Rückschau halten, sondern nach vorn blicken müßten (der neue Bundestagspräsident Janniger). Nachdem Strauß in seiner neuesten, tiefeschürfenden Faschismusanalyse darstellte, daß der Faschismus in Deutschland lediglich eine Annäherung von ein paar Verbrechern war (natürlich kein Wort vom Kapital), weiß man auch, wo der Blick nach vorn die

ser „Antifaschisten“ ruht - der Bayernkurier z. B. sagt ganz deutlich, wo die Verbrecher heute auf dieser Welt zu finden sind.

Auch wenn sich Rechte bis Faschisten in dieser Taktik noch nicht ganz einig sind (manche sehen da keinen Tag zum Feiern), werden sie vor und am 8. Mai in großer Einigkeit nicht davor zurückschrecken, genau an den Tatorten ihrer früheren Verbrechen erneut ihre reaktionäre Hetze auszubreiten.

Es liegt an uns, diese Pläne aufzudecken und zu durchkreuzen. Für Zuspitzen ist das Anti-Strauß-Komitee dankbar. Im nächsten Demokratischen Informationsdienst wird diesem Thema breiter Raum gewidmet.

Schlesiermotto - Wer versteht hier wen falsch?

Daß die Schlesier nicht mißverstanden werden mit ihrem Motto: „Schlesien bleibt unser“, zeigt das freundliche Angebot Herbert Hupkas an die Polen. Bei der Begründung stellte er fest, daß Deutschland mit der Forderung nach den Grenzen von 1937 keine Gebietsansprüche gegenüber Polen hat, weil diese Gebiete den Polen sowieso nicht gehören. Vielmehr sei es so, daß Polen Souveränität über Gebiete fordere, über die es unrechtmäßig herrsche. Trotzdem macht Hupka ein „günstiges“ Angebot: Bei Wiederherstellung des Deutschen Reiches würden keine Polen vertrieben werden.

Seltsamerweise kamen Politiker wie Kohl etc. zur Ansicht, man könne das Schlesiermotto mißdeuten, was wiederum die Schlesier verwunderte. Die sind der vollen Überzeugung, daß sie in

der „Deutschen Frage“ deckungsgleich sind mit der CDU und der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Weiterexistieren des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937.

Die Redaktion der Zeitung „Der Schlesier“ wollte nun jegliche Mißdeutung ausschließen und malte ein Szenario aus, wo die Bundeswehr alle verlorenen Gebiete zurückholt, und gab auch den Weg an, wie die entsprechenden Bedingungen zu schaffen seien: durch politische und wirtschaftliche Destabilisierung Moskaus. Auch hier meinte der Schreiber, lediglich die Formulierung von Strauß: „Der Schlüssel zur deutschen Frage liegt in Moskau“ zu interpretieren.

Strauß selber versteht die Schlesier scheinbar gar nicht. Er bezeichnet ihr geändertes Motto „40 Jahre Vertreibung - Schlesien bleibt unsere Zukunft in Europa freier Völker“ als „phrasenologischen Quatsch“. Dabei hatten die Schlesier die Europa-Formulierung erst eingebaut, nachdem Strauß die Alternative „Ein freies Schlesien in einem freien Europa“ vorgeschlagen hatte.

Wer will hier eigentlich wen mißverstehen? Was wollen die Schlesier und was sind ihre Gemeinsamkeiten und ihre Differenzen zu Strauß?

Zu diesen Fragen stellt das Anti-Strauß-Komitee ein Extrablatt des „Demokratischen Informationsdienst“. Es wird Mitte Februar fertig sein und an alle Interessierten gegen Einsendung von DM 0,80 in Briefmarken zugeschickt. Bestellungen unter dem Kennwort: „Revanchismus“ an Heinz Jacobi, Waltherstraße 28, 8000 München 2

Zimmermanns Ausländergesetz	S. 3
Internationale Arbeitersolidarität	S. 9
Ein Lager wehrt sich	S. 10
Das tägliche Geschäft des Münchner Ausländeramtes	S. 11
Strauß in Aktion	S. 14
Antifaschisten in Aktion	S. 20
- München: Die „Trauer“ der Revanchisten	S. 20
- Stuttgart: Faschistische Weihnachtsfeier verhindert	S. 22
- Nürnberg: Und noch ein Fest gestört	S. 22
- Velbert: Der Feind steht rechts	S. 24
- Bologna: 200.000 gegen den Schwarzen Terror	S. 25
Wg. Bayerische Justiz	S. 26
Strauß nicht zu beleidigen ist eine Kunst	S. 26
Düsseldorfer Flick-Zentrale besetzt	S. 28

Der Ankündigungsminister

Der Ankündigungsminister wird er inzwischen genannt, weil er angeblich den Mund zu voll nimmt und dann nichts durchsetzen kann. Den verpflichtenden Katalysator z. B. oder die Volkszählung oder das Vermummungsverbot oder die Begrenzung des Nachzugsalters für ausländische Kinder oder ...

Ein Ankündigungsminister ist er auch, aber in ganz anderem Sinn, wie mancher meint. Was er ankündigt, ist die Politik von Strauß, die kommen soll, wenn die Regierung Kohl abgewirtschaftet hat und die Menschen bereit sind für die harten Rezepte zur Rettung des Vaterlandes. Zimmermann kündigt an, daß dann Schluß sein wird mit dem „liberalen“ Demonstrationsgesetz; daß Schluß sein wird mit dem Datenschutzgefaßel - weil Verbrechensbekämpfung keine Grenzen kennt; daß Kunst nur noch ist, was deutschen Wertvorstellungen entspricht; daß es Menschen gibt, auf die die Anwendung menschlicher Gesetze nur beschränkt möglich ist.

Und Zimmermann nimmt auch mal den Mund etwas voll, wenn er große Umweltversprechen gegen die Unternehmer ankündigt, denn das macht die CSU im „geliebten Bayernland“ genauso (obwohl auch da nur leere Blasen aufsteigen - siehe DID Nr. 55 „... in Bayern nicht möglich“).

Doch Zimmermann ist nicht nur der Fanfarenträger seines Herrn, er zeigt die Grenzen der Kohl-Regierung nicht nur dadurch auf, was nicht machbar ist, sondern auch durch das, was bereits machbar ist.



Zimmermann zum Thema „Ausländer“:
„Das ist wie mit dem bleifreien Benzin - einmal muß man damit anfangen.“

Zimmermanns Ausländergesetz

Mit dem Konzept für ein neues bundesweites Ausländergesetz hat Zimmermann gezeigt, was ein Ankündigungsminister alles kann. Auch in diesem Fall waren seine Presseversuren schlecht. Er habe sich nicht durchsetzen können, die Begrenzung des Kindernachzugsalters auf 6 Jahre sei an der FDP gescheitert. Wochenlang tobte der Kampf in der Presse, ob der Schutz der Familie nun höher stehe oder nicht und ob das neue Gesetz human und überhaupt effizient sei.

Man konnte zweierlei Eindrücke gewinnen:

1. Die CSU ist die einzige Partei, die eine echte Ausländer-raus-Politik verfolgt, und alle anderen Politiker von CDU bis SPD haben humanistische Gefühle entwickelt und denken an die Schicksale ausländischer Menschen.



die 6-jährige Rakka und ihre deutsche Pflegemutter

2. Es handelt sich bei Zimmermanns Vorschlag nur um die Nachzugsregelung für Kinder, denn nur um diesen Punkt ist gestritten worden, und nur dieser Punkt ist in der Presse aufgetaucht. Beide Eindrücke sind falsch.

Über die Kinderliebe deutscher Politik

Wer wirklich geglaubt hat, es gäbe in der bundesdeutschen Ausländerpolitik menschenfreundliche oder familienfreundliche Züge, dem haben alleine die Zeitungsmeldungen nach der Nachzugsdebatte die kalte Wut ins Gesicht steigen lassen.

- Das sechsjährige indische Mädchen Rakka soll seinen deutschen Pflegeeltern entrissen und dem Vater nach



1984: Ausländischer Kollege der IG-Metall gegen den Leber-Kompromiß, für die 35-Stunden-Woche

Indien hinterhergeschoben werden und dies, obwohl niemand weiß, wo dieser Vater lebt und ob er überhaupt noch lebt. Kommentar der Ausländerbehörde: „In Indien herrschen rechtsstaatliche Verhältnisse, mit einer Verfolgung ist nicht zu rechnen“ - Rakka gehört der Religionsgemeinschaft der Sikh an.

- Regensburg: Der junge Türke Mustafa soll nun ausgewiesen werden. Er hatte im angetrunkenen Zustand einen Autounfall verursacht. Die Vorgeschichte: Vor wenigen Wochen war seine Frau mit ihrem kranken Säugling abgeschoben worden, das Baby starb in der Türkei.

- Gelsenkirchen: Eine 32-jährige Türkin sucht mit ihren drei Kindern Schutz in einer Kirchengemeinde. Ihr Mann, seit Jahren als Bergmann in der BRD, war bei einem Unfall ums Leben gekommen. Die Ausländerbehörde verlängerte die Aufenthaltserlaubnis nicht, weil der „Aufenthaltszweck“, der 1974 im Rahmen der Familienzusammenführung eingereisten Türkin „entfallen“ sei. Das Gericht entschied, daß dieser Bescheid durchaus im Ermessungsspielraum der Behörde liegt.

- Asyllager Amberg: Eine 9-köpfige palästinensische Familie läßt sich nach vier Jahren Warten auf Asyl

„freiwillig“ nach Beirut abschieben. Der Vater: „In Beirut, das ist vielleicht ein schneller Tod, das ist besser, als der langsame Tod im Lager.“

Für die reine Aufzählung solcher Fälle, wie menschenfeindlich deutsche Ausländerpolitik ist, würde der Umfang dieses Demokratischen Informationsdienstes nicht ausreichen. Kein Grund für deutsche Politiker, sich nicht als Humanisten zu profilieren.

Was uns von Zimmermanns Entwurf verheimlicht wurde

Die Frage des Kindernachzugs war nur eine Detailfrage in einem ganzen Paket neuer Vorschläge zur Ausländerpolitik mit weitreichenden Regelungen zur völligen Entrechtung der Ausländer. Zimmermann hat sich mit diesen Vorschlägen weitgehend durchgesetzt, wozu ihm die einseitige Kritik an der Nachzugsregelung sehr nützlich war. Der Entwurf des Innenministeriums beinhaltet im wesentlichen zwei Komplexe:

1. Arbeitskräfte, d. h.: Zuzugsbegrenzung, Familiennachzug, Förderung der Rückkehrbereitschaft;
2. Politische Verfolgung, d. h.: Integration, Aufenthaltsverlängerung, Ausweisung.

Zimmermanns Sorge um unsere Sozialversicherungsbeiträge

Nach Zimmermanns Gesetzentwurf soll es keine weitere Initiative zur Hinauskomplimentierung ausländischer Arbeiter geben. Anwerbestopp (seit 1973) und Rückkehrförderung hätten ihren Zweck erfüllt. Tatsächlich gibt es eine leichte Abnahme der ausländischen Bevölkerung in der BRD seit 83. (1982: 4,66 Mio = 7,6 %, 1983: 4,53 Mio = 7,4 %).

Die Zimmermann'sche Rückkehrförderung wird für 1984 eine zusätzliche Abwanderung ausländischer Arbeitsloser bewirkt haben. (Die Rückkehr betraf Menschen, deren Arbeitsplätze durch Konkurs oder Betriebsstillegung beseitigt wurden oder die bereits 6 Monate kurzarbeiteten. Diese Maßnahme ist am 30. 09. 84 ausgelaufen).

Lasche Gesetze für einen Mann, der ankündigte, daß 50 % der Türken das Land verlassen müßten. Was ist da schon ein Rückgang des Ausländeranteils um 0,2 %, zumal dieser Rückgang auf die Gesamtzahl der Ausländer berechnet ist. Denn nur ein Teil der ausländischen „Wohnbevölkerung“ in der BRD (gute 2 Mio.) ist sog. „Erwerbspersonenpotential“ - drängt also auf den Arbeitsmarkt. Dieser Anteil wird nach Ansicht von Bevölkerungsstati-



Demonstration in Frankfurt aus Anlaß einer Veranstaltung der faschistischen Türk-Föderation in der BRD

stikern selbst bei „verstärkter Rückkehr in die Herkunftsländer ... , durch Eintritt nachwachsender Jugendlicher ins Erwerbsalter“ bis ins Jahr 2000 weiter steigen.

Eine verstärkte Ausreise ausländischer Arbeiter wäre wohl auch kaum wünschenswert für die deutsche Industrie, so arbeiten z. B. in der Automobilproduktion von Daimler Benz 50 % Ausländer. In der Eisen- und Stahlindustrie wird dieser Anteil noch übertroffen. Es ist gerade das Arbeitslosenheer, das es dem Kapital erleichtert, die Löhne zu drücken - warum sollte er darauf verzichten wollen?

Dementsprechend ist auch die neue Initiative von Zimmermanns Gesetzesvorschlag. So soll Ausländern der zweiten und dritten Generation unter bestimmten Bedingungen die Integration erleichtert werden, nicht jedoch ihren Eltern: „Für Ausländer der ersten Generation keine Erleichterung der Einbürgerung, da nach der „Geschäftsgrundlage“ (Hervorhebung durch das Innenministerium) der Anwerbung hierfür weder Erwartung noch Anlaß besteht.“

Mit dieser netten Formulierung wird zum Ausdruck gebracht, daß die Menschen, die hier schon seit langen Jahren schuften und sich verschlissen ha-

ben, irgendwann abgeschoben werden. Und wann sie abgeschoben werden, ist auch eine Festlegung im Zimmermann-Gesetz: Solange nicht, wie sie Arbeit und Wohnung haben und sich ordentlich aufführen. Spätestens, wenn sie auch für den niedrigsten Lohn keine Arbeit mehr finden, wenn sie auch den Anspruch auf Arbeitslosengeld verloren haben und Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe beziehen, braucht die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert werden. Auch Ausländer, die eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzen, können ausgewiesen werden, wenn sie „seit einem Jahr Arbeitslosenhilfe beziehen.“

Wie man sieht, treibt Zimmermann nicht die vorgeschobene Sorge um Arbeitsplätze für Deutsche. Vielmehr sorgt er sich um die Menschen, die nicht mehr ausgebeutet werden können, denn die kosten Geld.

Zimmermanns Sorge um unsere politische Gesinnung

Zimmermanns besonderes Augenmerk gilt in dem Gesetzentwurf „einer wirksamen Bekämpfung von Ausländerextremismus“. Politische Ausländer sind in der BRD unerwünscht, zumindest wenn sie nicht aus kommunistisch benannten Ländern kommen. Flücht-

linge aus Polen werden sofort aufgenommen, auch wenn sie offiziell reine Wirtschaftsflüchtlinge sind, denn, so die Begründung: Bei einer Zurückweisung hätten sie auf jeden Fall mit politischer Verfolgung zu rechnen. Für Türken gilt das natürlich nicht, denn die Türkei ist ein Rechtsstaat. Demzufolge tauschen türkischer und deutscher Geheimdienst Daten über politisch aktive Türken aus, was zur Folge hat, daß abgeschobene Türken in der Türkei bereits am Flughafen verhaftet werden.

Zimmermann hat bereits kurz nach seinem Amtsantritt demonstriert, daß er in politischen Fällen kein Zaudern kennt. Im Februar 1983 wurden das erste Mal seit 10 Jahren antifaschistische Organisationen verboten - die türkischen Organisationen Devrimci sol und Halk. Der UNO-Menschenrechtskommission wird ein Gespräch einfach verweigert, solange ihre Vorwürfe über politisches Asyl in der BRD einem Zimmermann zu hart erscheinen. Es muß klar bleiben, wer hier der Bittsteller ist.

Mit dem neuen Ausländergesetz versucht Zimmermann, totales Politikverbot für Ausländer durchzusetzen. Bis jetzt gibt es nur eine Begründung, politisch unliebsame Ausländer loszuwerden:



Demonstration gegen die Ausländer-Raus-Provokation der konservativen Aktion in Westberlin

Paragraph 10 des Ausländergesetzes von 1965:

Ausländergesetz § 10 Ausweisung. Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn

1. *er die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet,*

....

11. *seine Anwesenheit erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland aus anderen Gründen beeinträchtigt.*

Dies ist ein Gummiparagraph, mit dem man jegliche Abschiebung rechtfertigen kann. Bekannt ist das Beispiel, des seit 1960 in München lebenden Magdi

Gohary. Politisch tätig in der IG-Chemie und dem Münchner Palästina-Komitee wurde er 1973 ausgewiesen. Nach einem Rechtsstreit durfte er 1974 unter Auflagen wieder einreisen. 1983 versuchte man erneut, seine Ausweisung zu betreiben. Aus seinem Engagement in der Anti-Apartheid-Bewegung und der Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung kam die Münchner Ausländerbehörde zu dem Schluß: „Es drängt sich die Annahme auf, daß durch eine weitere Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet Belange der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der allgemeinen und der Staatssicherheit beeinträchtigt sind.“

„... hat sich mindestens seit 15 Jahren mit einer bemerkenswerten Beharrlich-

keit im Zusammenhang mit extremistischen Vereinigungen oder für solche betätigt.“ Doch Gummiparagraphen können auch immer anders gedeutet werden (auch von Richtern, zumal, wenn entsprechende Öffentlichkeit geschaffen wird) und so kam Gohary nach München zurück und lebt immer noch hier. Eine solche Integration - „seit mindestens 15 Jahren mit einer bemerkenswerten Beharrlichkeit“ - ist Zimmermann ein Dorn im Auge.

Er will die Gummiparagraphen genauer fassen:

„Ausgewiesen wird, wegen
- Gefährdung der Grundordnung oder Sicherheit,
- Gewaltanwendung aus politischen Gründen,

Wer in der BRD als Ausländer völlig unbehelligt bleibt: (zwei Beispiele aus der Rede von Jürgen Roth auf dem „Fest der Völkerfreundschaft“ in Regensburg Ende 1984).

„Nun gibt es in Bayern Leute, die sind stark kriminell oder hochgradig kriminell. Sie sind aus der Türkei geflohen nach dem Militärputsch, nämlich die Mitglieder und führenden Funktionäre der türkischen Faschisten, die sog. Bozkurtlar, oder die Grauen Wölfe, wie sie genannt werden, oder wie sie sich auch selber nennen. Die Möglichkeit, daß sie sich überhaupt in der Bun-

desrepublik organisieren konnten, ist einem Mann zu verdanken, der heißt Enver Altayli. Er war der Mann in der Bundesrepublik, der die Grauen Wölfe hier aufgebaut hatte. Er ging dann in die Türkei zurück und war dort Propagandachef für die MHP.

Und wo ist er nun? In der Bundesrepublik, ganz ungehindert. Ich kann ihm in Frankfurt zuwinken. Da hat er nämlich ein großes Ladengeschäft.

Es gibt einen anderen, eng verbunden mit Franz Josef Strauß. Damals, als Alparslan Türkeş in die BRD gekommen ist, wurde er bekanntlich von dem

bayerischen großen Führer empfangen, von Franz Josef Strauß, und hatte einen Begleiter dabei, das war ein Murat Bayrak.

Der Name sagt im Grunde genommen nicht viel, sagt aber sozusagen für Insider: M.B. war derjenige, der in Istanbul die bewaffneten Kommandos der Grauen Wölfe finanzierte und auf dessen Gelände sie ausgebildet worden sind.

Murat Bayrak kann ich in Bonn zuwinken. Da hat er ein großes Pressebüro, ganz ungehindert, wohlweislich.“

- Betätigung in verbotenen Vereinigungen,
- strafbaren Verstößen gegen Versammlungs- und Vereinsrecht,
- wiederholten Verstößen gegen das Verbot politischer Betätigung,
- in Fällen erheblicher Kriminalität,
- bei Verurteilung wegen vorsätzlicher Straftat zu mehr als zwei Jahren Freiheitsstrafe ohne Bewährung."

„Ausgewiesen werden kann, wegen

- unerlaubter politischer Betätigung,
- politisch motivierter Androhung von Gewalt,
- Betätigung in extremistischen Vereinigungen,

- sonstigen politisch motivierten Verstößen gegen die Rechtsordnung."

„Der Ausländer soll mit Zustimmung der Strafverfolgungsorgane und unter Erhaltung des Verwaltungsrechtsweges - vor Abschluß des Strafverfahrens ausgewiesen und abgeschoben werden können."

Stellt man sich vor, was Zimmermann alles unter Gewalt (passiver Widerstand ist bereits Gewalt) und Extremismus versteht und zieht man eine Parallele zu Zimmermanns Vorschlägen für eine Verschärfung des Demonstrationsrechts, so wird klar, daß jegliche politische Betätigung für Ausländer unter Strafe gestellt werden kann.

Stellt man sich vor, welche Strafen türkischen Kollegen z. B. für gewerkschaftliche Betätigung in der Türkei drohen, wird klar, welches Kaliber Zimmermann gegen demokratische und antifaschistische Ausländer aufährt.

Sonderrecht zuerst für einen Teil der Bevölkerung

Um den Ausländern den Verstoß gegen das Ausländergesetz zu erleichtern, bzw. um ihnen die freiwillige Ausreise nahezu legen, hat Zimmermann einige Eskalationsmittel in sein Werk eingebaut, z. B.: „Eingriffserweiterung außerhalb des Ausweisungsrechts zur wirksamen Bekämpfung des Ausländerextremismus:

- Erleichterung des Verbots politischer Betätigung im Einzelfall;
- Schaffung der Möglichkeit, dem einzelnen Reisen im Bundesgebiet oder ins Ausland zu verbieten;
- Erteilung deutscher Fremdenpässe (mit Geltungsbereich Ausland) nur, wenn durch Auslandsreisen keine Gefährdung deutscher Belange zu befürchten ist."

Doch das ist nicht genug. Ausländern werden nach dem Gesetzesvorschlag prinzipiell gar keine Rechte eingeräumt. Die Verweigerung von Aufenthaltsgenehmigung oder Einbürgerung ist ein reiner Willkürakt. So spricht Zimmermann zwar davon, daß Ausländern der zweiten Generation die Einbürgerung „in gewisser Weise erleichtert“ wird, sagt aber im gleichen Satz, daß darauf kein Rechtsanspruch besteht. Sollte Zimmermann in seinem Gesetz noch irgend etwas übersehen haben, so hat er einen Rettungsanker eingebaut: dann kann die Regierung „die Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen allgemein oder für bestimmte Ausländergruppen oder Aufenthaltsw Zwecke ausschließen."

Quintessenz des Gesetzesvorschlages: Ausländische Arbeiter können jederzeit ausgewiesen werden, besonders dann, wenn sie den Sozialkassen zur Last fallen. Gegen solche Maßnahmen haben sie keinerlei Rechte. Einen Anspruch auf Familie in der BRD haben sie nicht. Noch weniger Anspruch haben sie auf politische Rechte. Jegliche politische Betätigung kann verboten werden, jeder Verstoß dagegen kann mit Folter und hohen Gefängnisstrafen bestraft werden - ohne daß sich die deutsche Justiz die Finger schmutzig machen muß (Strauß: „Mit Ratten und Schmeißfliegen prozessiert man nicht"). Der geringste „Verstoß gegen die Rechtsordnung“ z. B. bei einer Demonstration kann zur Ausweisung füh-



7 Menschen starben bei einem Brandanschlag auf ein von Ausländern bewohntes Haus in Duisburg

ren. Und eins können sich alle Deutschen hinter die Ohren schreiben: Zimmermann selbst ist keiner der Rassisten, der völkische Werturteile zwischen Türken und Deutschen macht. So wie er ausländische Linke behandeln will, so wird es auch den Deutschen ergehen, wenn diese Politik nicht gestoppt wird.

Über Rassismus und Rassenhetze

Zimmermann ist bestimmt kein dumm-dreister Rassist wie der Professoren-,Schutzbund für das deutsche Volk" oder einige Menschen in den Ausländerbehörden, die ihre Ermessensspielräume voll gegen ausländische Bürger auslegen. Der Innenminister kann kalkulieren und weiß genau, welche Ausländer er braucht und welche nicht, warum gute Arbeitskräfte und türkische Faschisten bleiben dürfen (siehe auch Rede von Jürgen Roth im gleichen DID).

Um Gesetze à la Zimmermann verabschieden zu können, braucht es jedoch ein gehöriges Maß an Ausländerhetze. Dabei kann Zimmermann nicht nur auf Blut-und-Boden-Theoretiker bauen, sondern auch auf die deutschen Massenblätter. Günter Wallraf hat als Hans Esser entsprechende Praktiken bei BILD entlarvt. In einer Vortragsreihe erzählte er, wie die BILD-Zeitung ihre Türkenartikel fälscht:

- Laut BILD-Zeitung hat ein stets freundlicher türkischer Pfleger Krankenhauspatienten DM 13.000,- geklaut. Tatsächlich waren es jedoch nur DM 5.000,-, und der Türke war ein Deutscher aus Köln.
- BILD berichtete von türkischen Arbeiterinnen, die unter ihren weiten Gewändern einen halben Betrieb ausgeräumt hätten. Tatsächlich waren auch hier deutsche Arbeiterinnen beim Diebstahl erwischt worden, doch das hätte keinen Artikel ergeben. Bildzeitungsstil wird das erst, wenn der gute Deutsche sich die vermummten türkischen Frauen vorstellen kann, wo er schon immer wissen wollte, was die unter den weiten Röcken haben.

Auf so etwas kann Zimmermann bauen, wenn er das Feuer selbst noch schürt und in einem Spiegel-Interview sagt: „Ich glaube, daß die Bevölkerung bei uns weder Dealer noch Heroinsüchtige haben möchte, das gilt für Deutsche, das gilt natürlich erst recht für Ausländer. Die Probleme, die wir mit der Drogenabhängigkeit haben, sind ohnehin so gewaltig, daß ich dort handeln muß, wo ich kann, nämlich gegenüber Ausländern, um mir und der deutschen Bevölkerung nicht deren Probleme auf den Hals zu laden.“ (Artikel über ausländische „Drogensyndi-

kate“ in Deutschland sind über die gesamte Regenbogenpresse verbreitet.)

Zimmermann kocht das „Ausländerproblem“ auf permanenter Flamme, und das ist das Wichtige am Schüren der Ausländerhetze: Immer müssen die Ausländer in Zusammenhang gebracht werden mit Drogen, Kriminalität, politischer Gewalt, Arbeitslosigkeit usw. All diese „Schwierigkeiten“ sollen zumindest zu einem großen Teil als „Ausländerproblem“ deklariert werden, um den Volkszorn zu steuern.

Dieses Süppchen zu kochen, ist Zimmermanns Spezialität. Ständig ist er mit „Lösungsvorschlägen“ zum „Ausländerproblem“ in der Diskussion.

Und diese Vorschläge haben es in sich: Es ist die Völkerhetze, die aus Zimmermanns Vorschlägen spricht, wenn einem Arbeiter Frau und Kinder verboten werden, weil er ein Türke ist.

Die TAZ meint, daß die ganze Rückkehrprämienaktion als Anheizung der Ausländerhetze gedacht war. Sie berichtet, daß auch in Frankreich vor Jahren eine vergleichbare Aktion für einen eng begrenzten Ausländerkreis gestartet wurde und schreibt:

„Man muß wohl davon ausgehen, daß den bundesdeutschen Regierungsplänen die französischen Erfahrungen bekannt sind und der Effekt auch gewollt ist: Wenn man in einem Jahr

feststellt, daß der Anteil der türkischen Bevölkerung konstant geblieben ist, weiß der deutsche Michel, woran es liegt; die ‚Kanaken‘ sind so frech, daß sie selbst durch eine ‚Prämie‘ nicht dazu gebracht werden können, ihre ‚parasitäre Stellung‘ im bundesdeutschen Wohlstandskuchen aufzugeben. So heizt man Pogromstimmung an, um gleichzeitig öffentlich zu versichern: kein Ausländer wird zur Rückkehr gezwungen.“

Zimmermann ein Ankündigungsminister? Zum Teil ja; Zimmermann steht als Vertreter für Strauß in Bonn - keine leichte Aufgabe. Er muß Strauß'sche Versprechungen an die reaktionäre Basis machen - darf sie aber als Minister in der Exekutive, im Interesse des Kapitals nur beschränkt einlösen. Diese dann auch noch der Kohlregierung in die Schuhe zu schieben, ist seine besondere Kunst.

Doch wer glaubt, Zimmermann könne nur ankündigen, der täuscht sich gewaltig:

- die Ausländerhetze ist im vollen Gange (Februar 1985 wird der genaue Gesetzestext für das Ausländergesetz auf den Tisch kommen),
- die Kohl-Regierung wird ständig bombardiert (siehe auch DID Nr. 51),
- deutschen und ausländischen Linken geht es verstärkt an den Kragen.

Bereits heute hat Strauß mit Zimmermann einen dicken Fuß in der Tür zur Bundespolitik - ein Vorgeschmack darauf, wie es werden kann, wenn es Strauß, Zimmermann & Co. gelingt, die Kohl'sche Regierung abzuhaltern und selbst das Ruder zu übernehmen.

Noch gibt es in diesem Land eine Mehrheit gegen eine Regierung Strauß. Doch wenn es Zimmermann gelingt, Ausländerfeindlichkeit und Völkerhaß breit in die Bevölkerung zu tragen, dann verschwindet immer mehr das Bewußtsein, wo der eigentliche Feind der Menschen in diesem Land steht, dann wird die Volksgemeinschaftsideologie zu einem tragenden Pfeiler für die Strauß'sche Politik.

Wenn wir es zulassen, daß demokratisch aktive Ausländer einfach abgeschoben werden können, dann wird der nächste Schlag wieder gegen antifaschistisch aktive Deutsche geführt werden. Der „Aktionsausschuß gegen Zwangsarbeit und Abschiebung in Sammellager“ in Regensburg hat gezeigt, daß man erfolgreich gegen rassistische Ausländerpolitik vorgehen kann; das Beispiel Hessen hat gezeigt, daß sich ein Trend in der Ausländer-Gesetzgebung umkehren läßt.

„Ein Volk, das seine Fremden nicht schützt, wird bald untergehen.“ (Johann Wolfgang von Goethe)

„Die hessische Alternative“

Das Bündnis aus SPD und Grünen in Hessen hat nicht nur gegen den Vorschlag für eine Kindernachzugsbegrenzung auf 6 Jahre protestiert, sondern Innenminister Winterstein hat die Grenze des Nachzugsalters von bundesweit 16 auf hessisch 18 Jahre angehoben. Winterstein sagt auch, warum er das machen konnte, nämlich weil er nur mit 1.600 Jugendlichen mehr rechnet. Das ist zwar keine besonders ausländerfreundliche Begründung, Fakt bleibt jedoch, daß Winterstein damit sagt, daß ein weiterer Zuzug kein Problem ist und somit führt er einen Schlag gegen Zimmermanns Ausländerhetze.

Winterstein weiter: „Hätten wir Sozialdemokraten in Hessen die absolute Mehrheit, hätten wir diese Regelung so schnell wahrscheinlich nicht getroffen. So aber haben wir eine Vereinbarung mit den Grünen ...“

Hessen ist bestimmt kein Paradies für Ausländer. So steht in Frankfurt wohl eins der schlimmsten Sammellager für Asylbewerber - jedoch eins wurde mit dem Bündnis in Hessen gezeigt, daß man der Ausländerhetze entgegenarbeiten kann.

Internationale Arbeitersolidarität – in der Tat



Deutsche und ausländische Kollegen gemeinsam beim Streik



- Als letztes noch ein ganz aktueller Fall um einen türkischen Jungarbeiter aus München. Der 20-jährige Osman Dursun sollte ausgewiesen werden, weil er nach seiner Ausreise vor vier Jahren einem betrügerischen Dolmetscher aufgefressen war, der ihm gegen DM 1.000,- Bezahlung eine Arbeiterlaubnis beschaffte. Dazu legte der Dolmetscher der Behörde eine gefälschte Bestätigung vor, die Voraussetzung für eine Arbeiterlaubnis ist. Das wurde dann 1984 von der Behörde entdeckt. Osman sollte ausgewiesen werden, obwohl er feste Arbeit in einer Druckerei hatte und nichts gegen ihn vorlag. Das interessierte jedoch das Kreisverwaltungsreferat überhaupt nicht, raus hieß die Devise.

Nun versuchten die Kollegen seiner Firma und die Freunde von der Druck und Papier Jugendgruppe alles nur Mögliche, um Osman zu helfen. Der Betriebsrat seiner Firma schrieb einen Brief an den OB der Stadt München mit der eindringlichen Bitte, für Osman einzutreten. Die Zeitungen wurden informiert. Die DruPa-Jugend sammelte Unterschriften für Osman, besorgten ihm einen Anwalt, führten Gespräche mit den zuständigen Behörden und versuchten, den OB Kronawitter zur Hilfe zu bewegen, der allerdings jede Hilfe ablehnte!!

Daß Osman Dursun doch gehen mußte, liegt sicher nicht an zu geringer Aktivität der Freunde und Kollegen aus dem Betrieb und der Gewerkschaft.

Ganz allein an der zynischen und menschenverachtenden Politik des Kreisverwaltungsreferats München liegt es, daß Osman am 18.01. 85 ausgewiesen wurde.

Trotz der Niederlage im letzten Fall zeigen doch alle Fälle eines: Wenn sich die Kollegen in den Betrieben klar und einig darüber sind, wer ihr Feind ist und wer die Verschlechterungen zu verantworten hat, dann ist die Ausländerfeindlichkeit zumindest dort ein Fremdwort, und dann kann insgesamt einiges erreicht werden!

Ausländische und deutsche Arbeiter - eine Kampffront !!

Auch wenn Zimmermann so tut, als spräche aus seinem Ausländergesetz die Stimme des Volkes, als sei es die Antwort auf die Forderungen der Bevölkerung, die ausländischen Kollegen aus den Betrieben und aus dem Land zu werfen, so haben die Arbeiter längst gezeigt, daß sie dieser Hetze praktische Solidarität entgegensetzen können. Die Fälle jedoch, in denen deutsche und ausländische Kollegen gemeinsam gegen ihren Unternehmer vorgingen oder streikten, sollen nicht an die Öffentlichkeit gelangen.

Die Arbeiter sehen natürlich am deutlichsten, daß nicht der Kollege Osman an der Nachbarmaschine ihnen die Arbeitsplätze nimmt, sondern der Boß, der munter wegrationalisiert, um die Gewinne zu steigern. Oder daß es nicht an der Familie Durak liegt, wenn es für sie keine billigen Wohnungen gibt, sondern an gierigen Spekulanten.

Die folgenden drei Beispiele zeigen, zu was die Arbeiter im Stande sind, wenn sie im Interesse der Arbeiterklasse handeln, von der die ausländischen Kollegen ein Teil sind.

- z. B. die Firma Knecht Filteranlagen in Schwäbisch Gmünd:
Dort sollte ein ghanesischer Kollege ausgewiesen werden. Seine Kollegen solidarisierten sich mit ihm und versteckten ihn so lange vor dem Zugriff der Behörden, bis ihm die Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde.
- Oder die Firma Grundig in Nürnberg.
Dort sollte der türkische Kollege Arif

Aslan gekündigt werden, weil er im Rahmen der Warnstreiks für die 35-Stundenwoche aktiv war. Er wollte nämlich während eines Warnstreiks noch arbeitende Kollegen zum Mitstreiken bewegen. Dabei hätte er angeblich einen (bisher noch nicht bekannten) Sicherheitsbereich unbefugt betreten und einen Meister, der ihn hinauswerfen wollte, beleidigt. Daß dies alles vorgeschobene Gründe sind, ist klar. Mit seiner Kündigung flatterten noch 11 Betriebsratskollegen Abmahnungen wegen des Warnstreiks ins Haus.

Gegen diese Maßnahmen der Firmenleitung setzten dann große Aktivitäten unter den Kollegen und der IG-Metall ein. Unterschriften wurden gesammelt, Veranstaltungen gemacht und die Presse umfangreich informiert, ein Komitee zur Zurücknahme der Maßnahmen gegründet, usw. Als dann die Firma selbst nach Gerichtsverhandlungen immer noch nicht bereit war einzulenken, griffen die Kollegen der IG-Metall zu einem hervorragenden Mittel: Zu der Zeit war gerade die Große Tarifkommission dabei zu tagen und abzuschließen. Die IG-Metall-Kollegen drängten jedoch darauf, die Zurücknahme aller Maßnahmen gegen die Kollegen zu einer Vorbedingung für den Abschluß zu machen. Und es klappte! Die Kündigung gegen Arif Aslan wurde zurückgenommen, genau wie die Abmahnungen für die Betriebsratskollegen. Das war ein Sieg !!

Ein Lager wehrt sich

Das Recht auf Asyl ist in der BRD ein Grundrecht. Viele Menschen kommen in die BRD, weil sie an dieses Recht glauben und in der Heimat von brutalster Unterdrückung, Folter, Hunger und Tod bedroht sind.

Doch was sie hier erwartet, brachte im Lager Neuburg 35 Menschen dazu, vom 10. Januar bis zum 26. Januar in den Hungerstreik zu treten. Die 35 setzten ihr Leben aufs Spiel, um - für uns so banal klingende - Rechte durchzusetzen, wie ausreichendes und genießbares Essen im Gegenwert von DM 8,- pro Kopf und Tag (derzeit DM DM 3,50 !), warmes Wasser, häufigeres Wechseln der Bettwäsche, Müllimer etc.



Essen: schlecht und zu wenig

Viele dieser Menschen mußten ihre Heimat verlassen, weil sie ihre Unterdrückung nicht schweigend hinnehmen konnten. In westdeutschen Asylslagern sollen sie stumm gemacht werden. Sie sollen damit zufrieden sein, daß sie hier ihre nackte Existenz fristen dürfen auf zum Teil unter 5 qm pro Person in einem der reichsten Ländern der Welt. Sie sollen in die untätigste Behördenabhängigkeit gebracht werden und sich mit tausend Verbeugungen für ein Stück Zucker bedanken müssen.

Da haben die Neuburger Asylbewerber dem „Sozial“-Minister Neubauer einen Strich durch die Rechnung gemacht. In Neuburg herrscht nicht die Unterwürfigkeit, dort herrschen Unzufriedenheit und Aufruhr. Man hat sich organisiert - über viele Nationalitäten und Sprachbarrieren hinweg. Man hat ein Komitee gewählt, Protestbriefe an

die Minister geschickt und Essensausgaben boykottiert etc. Doch die Ausländer des Sammelagers Neuburg haben etwas noch viel „Schlimmeres“ gemacht: Sie sind an die Öffentlichkeit gegangen, haben Zeitungen und demokratische Organisationen um Unterstützung gebeten; über den Hungerstreik der Neuburger Asylbewerber wurde über die Grenzen der BRD hinaus in Zeitungen berichtet.

Damit haben sie gegen die Isolation verstoßen, die ihnen von deutschen Behörden verordnet wird. Sammellager werden in der BRD ganz bewußt in ländlichen Gegenden angelegt und nicht in Städten (z. B. in Regensburg gibt es keinen einzigen Asylbewerber), die „Freizügigkeit“ von Asylbewerbern wird auf ihren konkreten Aufenthaltsort begrenzt.

Diese Isolation ist notwendig, denn wo Menschen, die so behandelt werden wie unsere Asylbewerber, auf Demokraten treffen, da wächst auch die Empörung der Deutschen, da wächst die Solidarität und der Kampf, und da wächst die Völkerfreundschaft.

Auf die Demonstration am 02. 02. 85 in München gegen die Zustände im Sammelager Neuburg und allen anderen Lagern kamen Deutsche und Ausländer aus verschiedenen Lagern Bayerns. In der Abschlusrede wurde gesagt, daß wir nicht nur für Verbesserungen in den Lagern eintreten müssen, sondern für deren Abschaffung. Man will die Unruhe und Unzufriedenheit einsperren. Das dürfen wir nicht zulassen. Heben wir die Isolation auf, gehen wir rein in die Lager und lernen von dem Wissen der Antifaschisten und Demokraten aus anderen Ländern, und helfen wir ihnen, hier zu leben und hier zu kämpfen.



Zu wenig Abfalltonnen im Lager

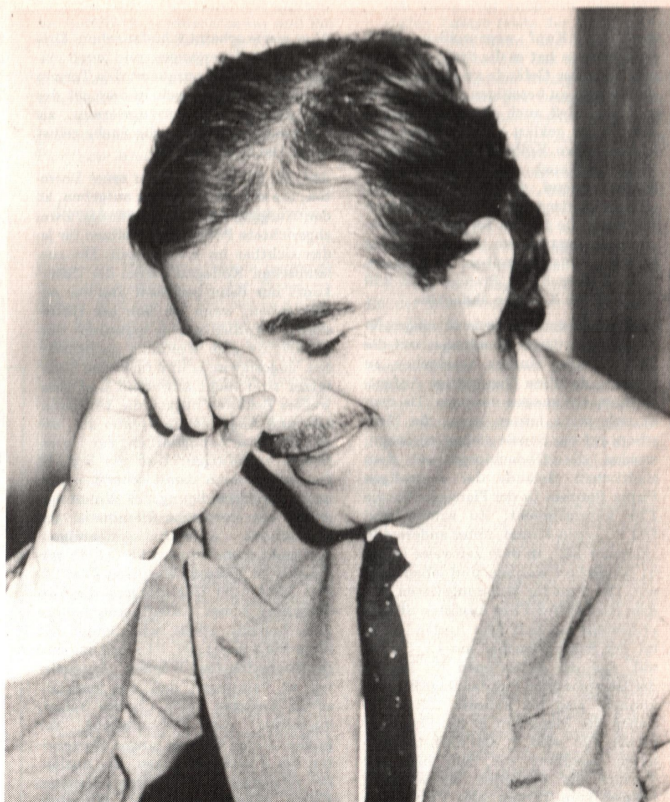
Der Direktor des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge im Innenministerium Norbert von Nieding äußerte sich vor Besuchern im Sammelager Zirndorf:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist eine weiße Gesellschaft: ihre Politik ist primär an der Aufnahme von Volksdeutschen und anderen europäischen Gruppen interessiert. Die Tür bleibt offen für Osteuropäer und Raum muß aufrecht erhalten werden für mögliche Zuströme aus anderen europäischen Ländern.“ Er erklärte, daß die Mehrheit der Deutschen gegen das Konzept einer vielfarbigen Gesellschaft ist: in seinen Augen hat die Erfahrung gezeigt, daß sich Menschen anderer Ras-

sen und Kulturen nie vollständig integrieren lassen und somit zu einer Last für die Nation werden. Sie stellen oft ein Sicherheitsrisiko dar und lassen sich auf politisch interne Unstimmigkeiten und Streitereien ein. Er fügte ausdrücklich hinzu, daß „kommunistische“ Asylbewerber von den Einzelentscheidern des Bundesamtes nicht günstig eingeschätzt werden. In Bezug auf Nichteuropäer, zu denen er auch die Türken zählt, stellt er fest, daß er persönlich so weit gehen würde, christliche Türken zu akzeptieren, da die christliche Gesellschaft in der Bundesrepublik für sie eine gewisse Verantwortung fühlt.

„Wir müssen den Leuten das Gefühl der Hilflosigkeit nehmen. Sie sollen spüren: Wir sind nicht allein.“ (Gauweiler)

Das tägliche Geschäft des Münchner Ausländeramts



„München - die Stadt, in der jeder ruhig schlafen kann“

(Münchner CSU-Programm 1984-90)

In der Nacht zum 18. Februar bricht in der Dachauer Straße 491 ein Brand aus. Binnen weniger Minuten steht eine Baracke in Flammen, die Bewohner können gerade noch ihr nacktes Leben retten. Fassunglos stehen sie bei -18°C im Freien und müssen zusehen, wie ihre Unterkunft und ihre gesamte persönliche Habe ein Opfer der Flammen werden. Ein Mann kommt in dem Feuer um, ein anderer liegt noch heute mit schweren Brandverletzungen im Krankenhaus.

Die Katastrophe bringt ans Tageslicht, was der Chef des Münchner Kreisverwaltungsreferats und damit der Ausländerbehörde Peter Gauweiler lieber weiterhin der Öffentlichkeit vorenthalten hätte. Der Mann, der seine Karriere unter anderem damit macht, daß er gezielt ausländische Kollegen aus München „hinaussäubert“ und der davon überzeugt ist, daß einem ausländischen Arbeiter eh nichts anderes zusteht als

ein schmutziges Bett in einer Baracke, hätte die Zustände im Ausländerlager in der Dachauer Straße lieber im Dunkeln gelassen.

Seit 1972 wurden auf dem Gelände drei Baracken, die bis dahin von Bauarbeitern der Olympiade bewohnt worden waren, an ausländische Arbeitnehmer, hauptsächlich aus Jugoslawien, vermietet. Die AZ schreibt nach dem Brand: „Es darf behauptet werden: Jeder deutsche Hund ist besser untergebracht, als es die 230 Ausländer waren - mitten in der schönen Stadt.“ Manche von ihnen waren 12 Jahre lang gezwungen, dort unter erbärmlichen Bedingungen zu hausen: feuchte Wände, offenliegende Elektroleitungen, defekte sanitäre Anlagen, schadhafte Brandtüren. Dieses Loch war die ganze Zeit über Eigentum der Stadt München, die dafür Pacht einstrich. Der private Pächter kassierte bei DM 150,- pro Person und 230 Bewohnern monatlich von den ausländischen Arbeitern 34.500,-. Daß der Pächter und sein Hausmeister einen Teil davon illegal in ihre eigene Tasche wirtschafteten, war ein willkommener Anlaß für das Kreisverwal-

tungsreferat, so zu tun, als bestünde der Skandal in den kriminellen Aktivitäten der beiden Halsabschneider und nicht darin, daß mit Wissen und Duldung der zuständigen städtischen Behörden über ein Jahrzehnt Menschen in verrottete Hütten gepfercht leben mußten - auf städtischem Gelände. Wie Bewohner berichteten, ging die Moosacher Polizei dort ein und aus, um bei Razzien nicht gemeldete Arbeiter zu fassen. Daß den Beamten der Stadt München die Zustände dort nicht aufgefallen sind, ist wohl nicht anzunehmen. Überrascht entdeckt das Kreisverwaltungsreferat nach dem Brand plötzlich „Gefahr für Leib und Leben“.

Gauweilers Ankündigung: „Wir werden uns hier in München nichts nachsagen lassen“ wird am Tag nach dem Brand für die übrigen 120 Bewohner der beiden intakt gebliebenen Baracken zur bitteren Wirklichkeit. Noch vor Beseitigung des Brandschutts werden diese gegen den verzweifelten Widerstand der Arbeiter dem Erdboden gleichgemacht. Nur durch Polizeieinsatz ist es möglich, den Bewohnern das Dach

über dem Kopf wegzureißen. Nach zwölf Jahren hat es die Stadt plötzlich sehr eilig, das Gelände zu säubern und alle Spuren zu beseitigen: und zwar so gründlich, daß auch die Brandursache nicht mehr geklärt werden kann. Die ausländischen Kollegen verteidigen ihre - wenn auch noch so armselige - Bleibe, ahnend, daß Polizei und Planieraupen der erste Schritt der Behörden sind, die in den folgenden Monaten alles daransetzen werden, sie aus München hinauszutreiben. 24 Stunden nach Ausbruch des Brandes sind 230 ausländische Kollegen abdachlos.

Noch fehlt dem Kreisverwaltungsreferat die juristische Handhabe, um die 230 Arbeiter einfach abschieben zu können, da diese über gültige Aufenthaltsgenehmigungen verfügen. Da man es sich nicht leisten kann, die Menschen auf der Straße stehen zu lassen, werden die Obdachlosen auf dem städtischen Gelände der ehemaligen Firma Bertram in der Planegger Straße 125 untergebracht. Zu zahlen sind DM 90,- pro Monat, unter anderem in „Zimmer 22“, in dem zeitweise bis zu 51 Menschen wohnen und leben müssen. Das Amt für Wohnungswesen, das dem Sozialreferat des Rassisten Stütze unterstellt ist, teilt dem Ausländerbeirat der Stadt München am 12. 04. 84 mit, daß die Betroffenen ein Jahr in der leerstehenden Fabrikanlage bleiben können, also bis Februar 1985. Das Leben der Menschen in der Planegger Straße 125 wird in den nächsten Monaten bestimmt von dem ständigen Versuch der Behörden, sie vor dem festgesetzten Termin ihrer Unterkunft zu berauben.

„München - die Stadt, in der niemand um seine Wohnung bangen muß“

(Münchner CSU-Programm 1984 - 90)

Noch bevor die Kollegen aus Jugoslawien und der Türkei sich von dem Schock erholt haben, noch bevor die unentbehrlichen Einrichtungsgenstände ein notdürftiges Wohnen ermöglichen, wird das vorbereitet, was juristisch für die Treibjagd notwendig ist, zu der Gauweilers Behörde blasen wird: das Wohnungsamt erkennt die Unterbringung in der Planegger Straße immer nur bis zu dem von ihm gesetzten Kündigungsfrist als ordnungsgemäßen Wohnraum an. Das liefert Gauweiler die juristische Handhabe dafür, die auslaufenden Aufenthaltsgenehmigungen auf eben diesen Termin befristen zu können. So sind von Anfang an alle Weichen gestellt, um die ausländischen Kollegen zu jedem Zeitpunkt aus der Planegger Straße, aus München und aus Deutschland treiben zu können.

Aber etwas scheint schiefzugehen. Drei Monate sind vergangen und noch immer hat das Wohnungsamt den Termin nicht vorverlegt. Noch immer gilt der 15. Februar als Auszugstermin, als Gauweiler beschließt, die Sache selbst in die Hand zu nehmen.

Am 22. 05. 84 schickt er seine Beamten, die sich als Polizisten ausgeben, an den Ausgang des Fabrikgeländes. Zwei abgerichtete Polizeihunde sitzen für jeden sichtbar im Auto bereit. Die ausländischen Kollegen dürfen die Unterkunft nur dann verlassen und zur Arbeit gehen, wenn sie sich per Unterschrift verpflichten, bis spätestens zum 01. 07. 84 eine Wohnung nachzuweisen. Jugoslawische und türkische Übersetzer sind nicht anwesend und Gauweilers Beamten nutzen die Unwissenheit und Angst der Bewohner aus, um sie, teilweise handgreiflich, zur Unterschrift zu nötigen. Und die braucht Gauweiler, denn damit schafft er sich auch ohne Kündigung des Wohnungsamtes die juristische Handhabe, um auslaufende Aufenthaltsgenehmigungen nicht mehr bis zum 15. 02. 85 verlängern zu müssen. Wer nach dem 22. Mai 1984 5.00 Uhr morgens die Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung braucht, erhält den Stempel nur noch bis zum 01. 07. 84 - und das sind im Höchstfall fünf Wochen. Gauweiler hat so kalkuliert, daß die ausländischen Kollegen keine Chance haben: angesichts der Wohnungsnot, der hohen Mieten und der langen Wartezeiten bei Sozialwohnungen, die Ausländer erfahrungsgemäß in den seltensten Fällen bekommen ist der Mißerfolg schon gewiß. Und Arbeit findet auch niemand, denn keine Firma stellt einen Lehrling oder Arbeiter mit einer solchen kurzfristigen Aufenthaltsgenehmigung ein. Wer keine Arbeit hat, kann keine Miete bezahlen, wer keine Miete bezahlen kann, kann keine Wohnung nachweisen, wer keine Wohnung nachweisen kann, erhält keine Aufenthaltsgenehmigung und ohne Aufenthaltsgenehmigung keine Arbeit. Dieser bedrückende Teufelskreis endet für viele ausländische Kollegen beim Bezug der Sozialhilfe - und die ist laut Ausländergesetz ein Grund zur Ausweisung.

Durch einen Dringlichkeitsantrag der Grünen Stadtratsfraktion und Berichte in der Presse über Gauweilers illegale Methoden wird diesem ein Strich durch die Rechnung gemacht und die Frist zunächst auf den 01.09. und dann später auf den 31. 12. 84 verschoben. Gauweiler hat aber zumindest erreicht, daß der 15. Februar vom Tisch ist, die ausländischen Kollegen immer nur kurzfristige Verlängerungen ihrer Aufenthaltsgenehmigungen erhalten, verunsichert, eingeschüchtert und voller Angst sind, einfach auf die Straße gesetzt zu werden. Rechtliche

Schritte gegen Gauweiler, dessen Vorgehen zumindest den Tatbestand der Nötigung unter Vorspiegelung falscher Tatsachen erfüllt, unterbleiben.

München - die Stadt, in der man sich schon im Urlaub zuhause fühlt

(Münchner CSU-Programm 1984-90)

Seit der Brandnacht wurde jede Schikane und Einschüchterung unternommen, um sicherzugehen, daß niemand in der Planegger Straße auf den Gedanken kam, sich dort zuhause zu fühlen. Plötzlich jedoch „sorgen“ sich Stütze und Gauweiler um das Weihnachtsfest der Ausländer. Mit dem Argument, man könne wegen des „Weihnachtsfriedens“ zwischen Weihnachten und Neujahr keine Zwangsräumung durchführen, wird den Bewohnern vorzeitig zum 31.11.84 gekündigt und zum 11.12.84 die Zwangsräumung angedroht: „Das städtische Kommunalreferat ist nunmehr gezwungen, die Gebäude ... in allernächster Zeit einer anderweitigen Nutzung zuzuführen.“ Tatsache ist, daß das Gelände drei Jahre vor dem Einzug der ausländischen Kollegen leerstand. Tatsache ist auch, daß die Stadt zu diesem Zeitpunkt keine konkreten Interessenten hat, im Gegenteil froh wäre, die Gebäude an einen großen Abnehmer für den mäßigen Preis von DM 10,50 pro qm vermieten zu können. (Auskunft des Kommunalreferats vom 03.12.84). Die Arbeiter zahlen DM 15,- pro qm.

Das Kündigungsschreiben enthält noch einen weiteren Beitrag zum Weihnachtsfrieden: „Da es notwendig ist, bereits am 10. 12. 84 um 8.00 Uhr ein Speditionsunternehmen mit der Durchführung der Räumung zu beauftragen, müssen Sie die Kosten für die Bereitstellung eines LKW's und der erforderlichen Arbeitskräfte in Höhe von etwa DM 100,- tragen, auch wenn Sie nach dem 10. 12. 1984 8.00 Uhr, aber noch vor dem angesetzten Räumungstermin die Unterkunft freiwillig räumen. Mit freundlichen Grüßen, Schmidt“ (Kündigungsschreiben vom 16. 10. 84).

Doch dazu wird es nicht kommen. Inzwischen ist die Presse auf die geplante Zwangsräumung aufmerksam geworden. Durch die Öffentlichkeitsarbeit der Aktion „Nothilfe Planegger Strasse“, in der die Katholische Hochschulgemeinde, die Evangelische Studentengemeinde und Pasinger Bürger zusammenarbeiten, um die ausländischen Kollegen in ihrem Kampf gegen die Ausländerbehörde zu unterstützen, ist es unmöglich geworden, die ausländischen Arbeiter heimlich auf die Straße zu setzen.

Zur Sitzung des Sozialausschusses am 04. 12. 84 bringen die Grünen zusammen mit der SPD den Antrag ein, die Kündigungsfrist auf den 31. 03. 85 zu verschieben, um den ausländischen Kollegen die Möglichkeit zu geben, eine Wohnung zu finden. Angesichts der wachsenden öffentlichen Proteste kann die SPD nicht mehr umhin, mit den Grünen für die Ausländer Partei zu ergreifen, will sie ihr soziales Image nicht verlieren. Die CSU hetzt wie immer und wird wohl nur durch das anwesende ZDF gezwungen, sich so kurz vor Weihnachten zusammenzunehmen. Sie unterliegt gegen die Grünen und die SPD, wie auch zwei Tage später in der Plenarsitzung - dort allerdings nur, weil drei CSUler nicht anwesend sind.

§ 10 Ausweisung. (1) Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn

1. er die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet,
2. er wegen einer Straftat oder wegen einer Tat verurteilt worden ist, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes eine Straftat wäre,
3. gegen ihn eine freiheitsentziehende Maßregel der Besserung und Sicherung, die Unterbringung in einer Arbeitsanstalt oder einem psychiatrischen Krankenhaus angeordnet oder Fürsorgeerziehung in einem Heim durchgeführt wird,
4. er gegen eine Vorschrift des Steuerrechts einschließlich des Zollrechts und des Mo-

nopolrechts oder des Außenwirtschaftsrechts oder gegen Einfuhr-, Ausfuhr-, Durchfuhr- oder Verbringungsverbote oder -beschränkungen verstößt,

5. er gegen eine Vorschrift über die Ausübung eines Berufs oder Gewerbes oder einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit verstößt,
6. er gegen eine Vorschrift des Aufenthaltsrechts verstößt,
7. er gegenüber einer amtlichen Stelle zum Zwecke der Täuschung unrichtige Angaben über seine Person, seine Gesundheit, seine Familie, seine Staatsangehörigkeit, seinen Beruf oder seine wirtschaftlichen Verhältnisse macht oder die Angaben verweigert,
8. er bettelt, der Erwerbsunzucht nachgeht oder als Landstreicher oder Landfahrer umherzieht,
9. er die öffentliche Gesundheit oder Sittlichkeit gefährdet,
10. er den Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe bestreiten kann oder bestreitet oder
11. seine Anwesenheit erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland aus anderen Gründen beeinträchtigt.

SPD-OB Kronawitter, der mit Gauweiler bestens zusammenarbeitet und ihn stützt, („Herr Gauweiler ist für weitere vier Jahre gewählt. Ich gehe davon aus, daß auch er loyal zum OB ist.“ - und umgekehrt, d. Red.) stimmt gegen seine eigene Partei und mit der CSU gegen die ausländischen Kollegen in der Planegger Straße.

Wann kann Gauweiler wieder ruhig schlafen?

Erst wenn München ethnisch bereinigt ist. Die Ausländer in der Planegger Straße sind nur ein Teil seiner Aufgaben. Sein Ziel ist die „regionale Plafondierung (= Festsetzen der Obergrenze des Ausländeranteils - d. Red.) für die bereits überlasteten Verdichtungsräume auf eine Größenordnung von etwa 10 - 12 % an der Gesamtbevölkerung“ (nach dem Beschluß des Münchner Kreisverwaltungsausschusses vom 23. 10. 84).

- Seit dem 18. 02. 84 „überlasten“ die Opfer der Brandkatastrophe München.
- Seit dem 25. 07. 84 „überlastet“ eine junge Türkin München, da sie in ihrem Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung angab, über ausreichende Deutschkenntnisse zu verfügen. Das Kreisverwaltungsreferat stellte fest: „Tatsache ist jedoch, daß Ihre Deutschkenntnisse äußerst mangelhaft sind. Sie haben vor der Behörde vorsätzlich falsche Angaben gemacht und dies ist nach § 47 Abs. 1 Ziffer 6 AuslG strafbar. Wir behalten uns diesbezüglich weitere Maßnahmen vor. Die Aufenthaltsberechtigung kann Ihnen aus den genannten Gründen nicht erteilt werden.“
- Seit dem 26. 07. 84 „überlastet“ ein junger Türke München, da sein Vater am 12. 06. 84 Deutschland verließ, nachdem ihm vom Kreisverwaltungsreferat zugesichert worden war, daß sein Sohn keine Schwierigkeiten mit der Aufenthaltsgenehmigung zu erwarten hat, wenn er seinen Lebensunterhalt durch eigene Arbeit verdie-

nen kann. Nur aufgrund dieser offiziellen Zusage reiste der Vater in die Türkei. Dem Sohn, von dem sein Arbeitgeber schreibt, daß er die Berufsschule mit gutem Erfolg abgeschlossen habe, sehr gut Deutsch in Wort und Schrift beherrsche und sich ausgezeichnete Fachkenntnisse als Eisenflechter erworben habe, wird vom Kreisverwaltungsreferat mitgeteilt: „Seit dem 22. 04. 84 sind Sie volljährig. Ihr Vater hat das Bundesgebiet am 12. 06. 84 verlassen. Da Sie sich erst seit drei Jahren im Bundesgebiet befinden, haben Sie kein eigenes Aufenthaltsrecht.“

Bei der Entscheidung, wer in München zu viel ist, kann sich Gauweiler auf das Ausländergesetz von 1965 berufen.

Dieses Gesetz scheint dem ausländischen Arbeitnehmer die Sicherheit zu geben, daß es verbindliche Normen gibt, die demokratisch und rechtsstaatlich festlegen, was verboten ist, an die er sich halten und auf die er sich berufen kann.

Nr. 11: „Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn seine Anwesenheit erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland aus anderen Gründen beeinträchtigt“ hebt die Rechtsstaatlichkeit auf, gibt einem Gauweiler die rechtliche Verfügung über die ausländischen Arbeitnehmer, beraubt sie jeden Rechtsschutzes und enthüllt den wahren Charakter des Gesetzes als Sondergesetz für eine bestimmte Sorte Menschen: es gibt den ausländischen Kollegen der Behördenwillkür preis, garantiert einem Gauweiler, daß er in jedem ausländischen Arbeiter eine „Beeinträchtigung erheblicher Belange der Bundesrepublik Deutschland“ entdecken kann - auch wenn dieser mit seiner Arbeit seine Familie ernährt, Wohnung und Steuern bezahlt, alle Gesetze einhält, hygienisch, sittlich und geistig gesund ist. Es gibt kein Gesetz, das ihn vor dem Münchner Ausländeramt schützt, das keine Grenzen im Aufspüren von „anderen Gründen“ kennt.

Jeder Tag, den Gauweiler seine Arbeit ungestört machen kann, ist zuviel.



Ein prächtiges Gespann: Kronawitter und Gauweiler

Strauß in Aktion

Strauß markiert den starken Mann

„Ein Heer selbsternannter Richter bricht den Stab über die Moral von Politikern und Parteien“, klagt Strauß. Der Flick-Ausschuß habe nur über die Rechtmäßigkeit der Flickschen Steuerbefreiung zu beraten, über sonst nichts. Alles andere sei „Themaverfehlung“, das ist die Straußsche Devise für sein Auftreten vor dem Ausschuß. Sein Auftreten war dementsprechend. Er ließ sich nicht folgsam befragen, wie Kohl oder Genscher. Er wollte einmal vormachen, wie man mit dem Ausschuß umspringen muß, v. a. gegenüber Schily. Mit Hohn und Spott, ohne zur Sache etwas auszusagen, ging es los: „Ich hab erstens keine Erinnerung, und zweitens geht Sie das nix an.“ „Die CSU hat Zuwendungen bekommen. Ich weiß nicht mehr wann, ich weiß nicht mehr in welcher Form, ich weiß nicht mehr in welcher Größenordnung im Einzelnen ...“ Das seien alles „Internas“.

Strauß wollte dokumentieren, daß niemand über ihn zu Gericht sitzen darf. Er sieht sich höchstens in der Rolle des Zeugen und wechselt sogar in die Rolle des Anklägers, indem er auf SPD-Spenden hinweist. Der Ausschuß solle doch lieber prüfen, warum in bestimmten Jahren so massive Spenden an die „Linken“ gegangen seien.

Dabei ist die Sache völlig klar. „Strauß half Flick öfters“ (Stern), auch bei der umstrittenen Steuerbefreiung für den Erlös der verkauften Daimler-Aktien hat er seine Hilfe angeboten. Die Beziehung Flick - CSU lief nur weniger über Brauchitsch, sondern entweder von Flick zu Strauß direkt (was die Bedeutung von Strauß für Flick unterstreicht) oder über den CSU-Abgeordneten Kreile, der zugleich Aufsichtsratsvorsitzender von Flick ist.

Strauß verharmlöst und greift zugleich an: Die Spendenpraxis sei jahrzehntelang von der Finanzverwaltung geübt oder geduldet worden. Wer das jetzt angreife, wolle etwas ganz anderes als Sauberkeit und Durchschaubarkeit, „nämlich eine andere Republik mit einer anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.“

Die Spendenpraxis habe nichts mit der Käuflichkeit von Politikern oder Parteien zu tun. Womit Strauß oberflächlich gesehen z. T. sogar recht hat.

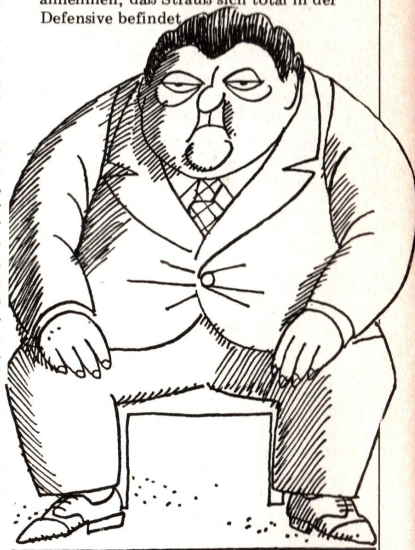
Denn natürlich sind mit vielen Spenden nicht konkrete Ansinnen verbunden um eine „Gefälligkeit“, so daß sie im engeren Sinn als Bestechung bezeichnet werden könnten. Jeder Industrielle weiß, daß er Strauß gar nicht bestechen muß, weil der sowieso seine Interessen in bestmöglicher Weise vertritt im allgemeinen (bis auf spezielle Wünsche natürlich). Es geht für ihn bei Spenden auch darum, Strauß die nötigen Mittel zu verschaffen, daß dieser weiterhin seine Politik machen kann, daß er z. B. genügend Geld für Wahlkämpfe und Freibier hat.

Oder ein konkretes Beispiel: Natürlich hat es die BASF gar nicht nötig, Kohl eine größere Summe zu überweisen, damit Kohl einen Brief an Bundesgesundheitsminister Geißler schreibt, der jenen veranlassen soll, die geplante Einstufung von Formaldehyd als krebserzeugend rückgängig zu machen („Lieber Heiner, beigefügt ... Kopie des Schreibens, das mir unser Freund Julius Hetterich zuschickte. Bitte, prüfe... und übermittle mir eine direkte Antwort.“ Unterschrift Helmut Kohl) Julius Hetterich ist Fraktionsvorsitzender der Ludwigshafener CDU und BASF-Angestellter zugleich. Kohls Aufstieg in der CDU war ja von der BASF tatkräftig gefördert worden, im Ludwigshafener Kabinett sitzt die BASF praktisch am Tisch.

Strauß weiter: Wer die Parteien wegen des Fehlverhaltens einzelner diffamiere (!), der erschüttere die Grundlagen unseres Staates. „Fehlverhalten einzelner“, so möchte Strauß die Sache herunterspielen. Daß die Erkenntnis, daß die tragenden Parteien dieses Staates bereitwillig sich vom Großkapital finanzieren lassen, „die Grundlagen des Staats erschüttert“ - darin hat Strauß nicht so Unrecht. Und deshalb bekämpft er diese Meinung ja so vehement.

„Wir müssen mit Sorge feststellen, daß solche Rattenfänger in unserem Volk wiederum Gehör finden.“ Der Aufdecker und Ankläger, v. a. der Grüne Schily, wird zum „Rattenfänger“, wie ja auch Hitler bezeichnet wurde. Um Schily zu diskreditieren, geht Strauß noch weiter: Schily habe seine Verteidigerleistung in Terroristenprozessen mit Geld aus Banküberfällen bezahlt bekommen.

Strauß erklärt weiter, der Ausschuß erinnere ihn in peinlicher Weise an „Schauprozesse“ (ebenfalls wieder die Methode, Unliebsames mit Diffamierung zu erledigen), wofür ihn jetzt sogar Parlamentspräsident Jenninger kritisierte. Angriff ist die beste Verteidigung meint Strauß. Danach muß man annehmen, daß Strauß sich total in der Defensive befindet.



Enthüllungen aus Kreuth

Jenninger für Strauß ein Pimpf

Weil Jenninger - nach den Strauß'schen Angriffen auf den Flick-Ausschuß - den Ausschuß in Schutz genommen hatte, legte Strauß laut „Spiegel“ los: „Was will der Pimpf eigentlich?“

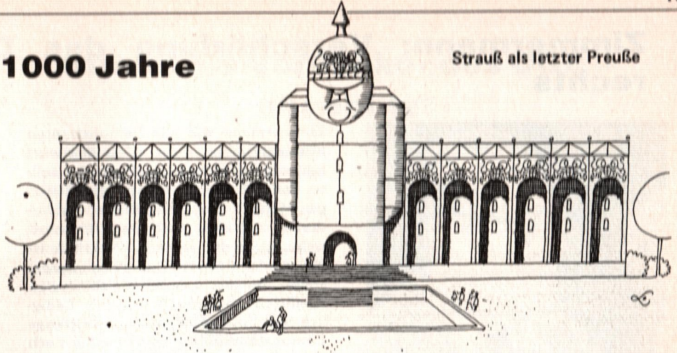
Strauß forderte in Kreuth, Kohl solle gefälligst dafür sorgen, daß das Treiben dieses Ausschusses ein Ende habe. Kohl habe ihm das zwar zugesagt, aber auf des Kanzlers Wort könne man nichts geben. Die CDU habe nicht begriffen, welche Gefahr vom Flick-Ausschuß für sie ausgehe.

Staatskanzlei für 1000 Jahre

Strauß als letzter Preuße

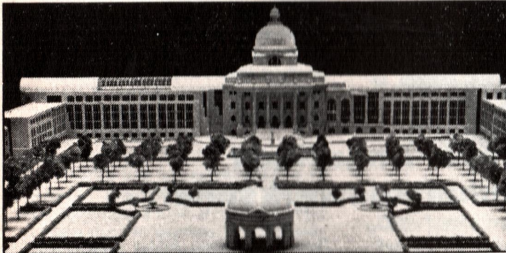
Wie sich die Bilder gleichen: Pläne von 1939 und 1984. Kosten 200 Millionen Mark. Der Landtag hat die erste 25-Millionen-Mark-Rate schon gebilligt. 1985 sind dann 46,6 Millionen fällig, 1986 62,16 Millionen usw. Nach Ansicht der CSU für das Generalstabsquartier von Strauß „ausgesprochen bescheiden und vorbildlich“.

Seinen um 600.000,- DM gesteigerten Etat für die Repräsentation, der insgesamt 2,3 Millionen Mark umfaßt, rechtfertigte Strauß so: „Alles drängt nach München“. Selbst wenn nur trockenes Brot und Wein serviert werde, sei es für die Gäste „ein Höhepunkt des Lebens, von uns im Antiquarium empfangen zu werden.“

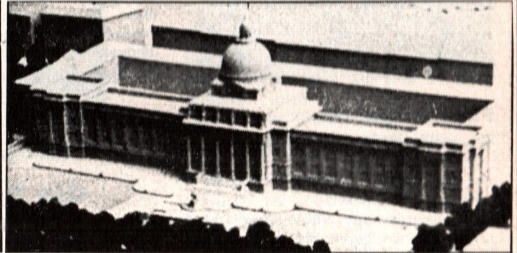


Wie sich die Bilder gleichen:

rechts der Entwurf der Nazis von 1939 und links der neue Entwurf des Freistaats



DAS HEFTIG UMSTRITTENE PROJEKT: Der Entwurf der Architekten Siegert und Ganser für die neue bayerische Staatskanzlei im Hofgarten – ein massiver Riegel im pseudohistorischen Stil mit öden Eckbauten.



DIE PLÄNE VON 1939: Das Armeemuseum sollte erweitert werden und eine „Halle der Helden“ bekommen. Rührt womöglich von daher die Idee, die künftige Staatskanzlei mit einem „Haus der Bayerischen Geschichte“ zu verquicken?

CSU und FDP an einem Strang:

Schützt die Reichen und ihr Geld

Nach dem Platzen der Zwangsanleihe für „Besserverdienende“ sind nun auch alle Ersatzlösungen am Widerstand von CSU und FDP gescheitert.

Unter der demagogischen Losung „Entlasten statt belasten“ führt Max Streibl im Bayernkurier aus: „Wichtig ist es doch, für den „kleinen Mann“ etwas zu tun, nicht dagegen Neidgefühle zu erwecken und sonst alles beim Alten zu lassen. Dem „Klein- und Mittelverdiener“ ist nicht damit geholfen, daß man die „Besserverdiener“ zur Ader läßt. Das entscheidende Stichwort für die Steuerpolitik heißt heute Steuerentlastung und nicht - wie in unseligen Zeiten SPD-geführter Bundesregierungen - Steuerbelastung derjenigen, die mit ihrem Leistungswillen und ihrer Leistungskraft die Träger der Investitionen sind, die wir brauchen, um die Arbeitsprobleme zu lösen.“

Dem Klein- und Mittelverdiener wäre sehr wohl gedient, wenn die Reichen endlich geschröpft würden: die Kürzungen bei den Sozialleistungen, die in

den letzten zwei Jahren erfolgt sind, könnten dann wieder rückgängig gemacht werden. (Ein weiteres Argument ergibt sich aus folgenden Zahlen: die Lohnsteigerungen betrugen im letzten Jahr durchschnittlich nur 3 %, die Steigerung der Unternehmensgewinne jedoch 9,5 %).

Das ganze Theater um die Zwangsanleihe und Ersatzlösungen sieht aus wie abgesprochen: die CDU darf so tun, als sei sie für die Arbeiter, und die FDP darf sich für den Mittelstand in die Bresche werfen. Interessanterweise die CSU, die doch mit der FDP mitgestimmt hat, regt sich im Bayernkurier darüber auf: alles sei dazu gemacht, um der FDP „in existenzsicherndem Ausmaß Wähler zuzutreiben.“ Man kann also schließen, daß Strauß nur deshalb gegen alle Ersatzlösungen war, um die Rechnung der FDP nicht aufgehen zu lassen. Denn noch 1983 hatte er „in Gottes Namen“ die nichtrückzahlbare Zwangsanleihe befürwortet - ebenfalls, um die FDP zu treffen! Verdammt raffinierte Taktik ...

JETZT ABER SCHNELL:

DID-ABO
bezahlen!

Arbeitsteilung

In Bonn beschließen die fünf CSU-Minister ohne Protest und Lamento alle Sozialkürzungen eifrig mit. Aus München kommt dann der Protest und Strauß hängt sich aus dem Fenster: der Abbau für die Behinderten müsse rückgängig gemacht werden. Oder: die Rentenformel sei untragbar, die Renten müßten mindestens um 1 % erhöht werden. So läuft das Spiel immer weiter: mitregieren, aber nicht haftbar gemacht werden wollen.

Zimmermann: Verschärfung des Demonstrationsrechts



Zimmermann will alle Demonstranten kriminalisieren. Sein Gesetzentwurf sah vor, daß jeder bestraft werden sollte, der sich nicht aus einer „gewalttätigen Menge“ nach polizeilicher Aufforderung entfernt, auch wenn er selbst sich „friedlich“ verhält. (Praktisch ist das wieder der alte Landfriedensparagraf, der erst von der sozialliberalen Koalition abgeschafft wurde). Lediglich wer „mäßigend“ auf „gewalttätige Demonstranten“ einwirkt, sollte nach Zimmermanns Plänen straffrei ausgehen. Die FDP, die sich so heldenhaft gegen das Verbot der Vermummung und der „passiven Bewaffnung“ (z. B. Schutzhelme oder dick gepolsterte Jacken) eingesetzt hatte - was Zimmermanns Gesetzentwurf trotzdem vorsieht - hatte hier bei diesen viel gravierenderen Bestimmungen wohl keine Bedenken.

Die Mehrzahl der Sachverständigen, so-

gar die der Polizeioffiziere, lehnte diese geplante Verschärfung des Demonstrationsrechts ab, hielt sie für „verfassungsrechtlich bedenklich“ und „unpraktikabel“. Verständlich, daß sich die CDU/CSU gegen diese Expertenanhörung des Rechtsausschusses des Bundestags gestraubt hatte!

Inzwischen haben sich CDU/CSU und FDP geeinigt. Der neue Gesetzentwurf sieht vor, daß künftig Teilnehmer von gewalttätigen Demonstrationen wegen Landfriedensbruch bestraft werden, wenn sie bewaffnet sind, ihre „Identität verbergen“ oder „Gegenstände mit sich führen, die erkennbar dazu geeignet und bestimmt sind, Vollstreckungsmaßnahmen abzuwehren“.

Zimmermann konnte also seine Pläne nicht voll durchbringen. Hat er wieder hoch gepokert, um das zur Zeit Durchsetzbare zu erreichen wie beim Ausländergesetz?

Für Atomfabrik Demokratie beseitigt

Wie wichtig der Bayerischen Staatsregierung die Durchsetzung der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf ist, zeigt, daß sie bereit war, dafür den Krieg mit den bayerischen Landräten zu riskieren.

Bekanntlich hatte der SPD-Landrat Schuirer sich geweigert, den Bauungsplan für die geplante Wiederaufbereitungsanlage anzulegen. So etwas dürfte nicht wieder geschehen! Bayerns Hauptargument im Konkurrenzkampf mit Niedersachsen war ja schließlich die „politische Stabilität“, sprich weniger Demonstranten. Justizminister Hillermeier: Es gehe darum, den Staat „handlungsfähig in Erscheinung treten zu lassen.“

Also beschneit man flugs die Rechte der Landräte. Wenn sie nicht parieren, wird über ihren Kopf hinweg entschieden. Auf amtsdeutsch heißt das Prinzip so: „Kommt eine staatliche Behörde einer schriftlichen Weisung der Aufsichtsbehörden nicht fristgerecht nach, so kann diese an Stelle der angewiesenen Behörde handeln.“

Die 71 Landräte probten eine Woche lang den Aufstand. Doch dann zeigten sie, welcher Partei sie angehören (80% CSU) und gaben klein bei. Um ihr Gesicht zu wahren, fanden sie bei dem Ganzen noch einen Kompromiß: schließlich dürfe die Regierung nur bei landesweit und staatspolitisch bedeutsamen Projekten eingreifen und nicht bei „Feld-, Wald- und Wiesenfällen.“ Fragt sich nur, wozu es dann eigentlich noch Landräte braucht.

Neuer Angriff auf die Einheitengewerkschaft

Strauß griff schon immer die Gewerkschaften scharf an und stellte Forderungen auf, um sie zu schwächen, Forderungen, die praktisch die Zerschlagung der Einheitengewerkschaft bedeuten:

1. Eine pluralistische Binnenstruktur solle der DGB erhalten („Kampf der sozialistischen Richtungsgewerkschaft“, wie er es nennt).
2. Minderheitenschutz (d. h. mehr Einfluß des Christlichen Gewerkschaftsbundes als U-Boot für die CSU).
3. Beschränkung auf gewerkschaftliche Interessenvertretung (d. h. Ausschaltung des DGB als gesellschaftspolitische Kraft).

Mit dem „Stoiber-Papier“ vor fünf Jahren wurde das dann konkretisiert. Die CSU-Mitglieder wurden aufgefordert zur Unterwanderung und Fraktionierung des DGB, zumindest aber zur Unterstützung der Konkurrenzgewerkschaften DAG und CGB. Außerdem sollten sie Arbeitnehmermerkmalen fordern (ähnlich der „Deutschen Arbeitsfront“ im Hitler-Faschismus).

Strauß und Stoiber scheiterten. Vor allem die IG Metall mobilisierte ihre Mitglieder gegen alle solche Pläne. Begraben hat Strauß seine Pläne damals natürlich nicht. Er hat stattdessen inzwischen Verbündete gewonnen in CDU und FDP, so daß er sich diesmal ziemlich im Hintergrund halten kann.

Den Ansatzpunkt bildet diesmal der sog. Minderheitenschutz. Minderheitenschutz? Von Frauen, Jugendlichen, Ausländern? Die hätten einen besseren Schutz im Betrieb ja wirklich nötig! Doch das ist nicht Sache der CSU, wie jeder weiß. Es geht um die ewig abgewählten Splitter- und Spaltergruppen, genannt Christlicher Gewerkschaftsbund z. B., die nun per Gesetz in den Betriebsrat gehoben werden sollen. (Damit klar ist, wer diese „Gewerkschaft“ im Griff hat: Vorsitzender der „Mediengewerkschaft“ im CGB war jahrelang ZDF-Moderator Löwenthal).

STRAUSS-Gewerkschafts-feind Nr.1



Strauß als Vordenker des DGB – abgeblitzt

Da sie schon bei der Aufstellung der Kandidaten die nötigen 10% der Wählerstimmen oder (in Großbetrieben) mindestens 100 Unterschriften nicht bekamen, soll diese Zahl nun herabgesetzt werden, wie es Innenminister Zimmermann und die CDU-Sozialausschüsse fordern.

Die CSU schickte einen Vertreter des Beamtenbundes vors Bundesverfassungsgericht, das genau passend für die nötige Rechtsprechung sorgte: die Unterschriftenquote sei zu hoch.

Eine CDU/CSU Kommission schlägt darüberhinaus noch folgende Änderungen des Betriebsverfassungsrechts vor: Es sollte nicht nur Arbeitnehmer auf Unterschriftenlisten, sondern auch jede einzelne im Betrieb vertretene Gewerkschaft Kandidaten für den Betriebsrat vorschlagen können. Und weiter solle der Betriebsausschuß so besetzt werden, daß sich das Verhältnis der Gruppen im Betriebsrat auch in diesem Gremium widerspiegeln soll, was ebenfalls für die Freistellung von der Arbeit gelten soll.

Nun trat noch die FDP auf den Plan, die endlich ihre Sprecherausschüsse für leitende Angestellte durchsetzen will als Konkurrenz zum Betriebsrat. Man einigte sich auf gegenseitige Unterstützung. Wenn die Regierung das Betriebsverfassungsgesetz in dieser Richtung ändert, wäre Strauß in seinem Bemühen der Spaltung der Einheitsgewerkschaft einen Riesenschritt vorangekommen.

Strauß liegt es sehr am Herzen, sich und seine Partei ja nicht mehr mit dem Begriff „faschistisch“ konfrontiert zu sehen, wie es noch in den 60er und frühen 70er Jahren passierte. Darum versucht er immer wieder, davon abzulenken, was Faschismus ist und war und beschimpft seine Gegner damit.



Nachdem er 1980 die Sozialdemokraten dabei im Visier hatte - also die Opfer der faschistischen Diktatur - scheinen ihm jetzt offensichtlich die Grünen störender.

Es reicht ihm jedoch nicht, seine Anhänger in diese Richtung zu impfen. Jetzt fordert er auch noch den DGB auf, seine Meinung zu übernehmen und sich von den grünen „Destruktoren dieses Staates“ klar zu distanzieren. Da das IG-Metall-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Janzen sich für ein sog. „rot-grünes“ Bündnis ausgesprochen hatte, forderte Strauß den DGB-Vorsitzenden Breit auf, diese Äußerung abzulehnen. Strauß blitzte bei Breit ab. Allerdings verpaßte Breit auch die Gelegenheit, klare Forderungen an ein solches Bündnis von SPD und Grünen zu stellen, wie es hessische Gewerkschafter getan hatten. Denn bei aller Skepsis gegenüber solch einem Bündnis ist es doch die zur Zeit einzige Möglichkeit, die weitere Rechtsentwicklung in „diesem unserem Lande“, die von Kohl zu Strauß führt, zu stoppen.

„Das Unternehmen Kohl geht zu Ende“ (Bayernkurier)

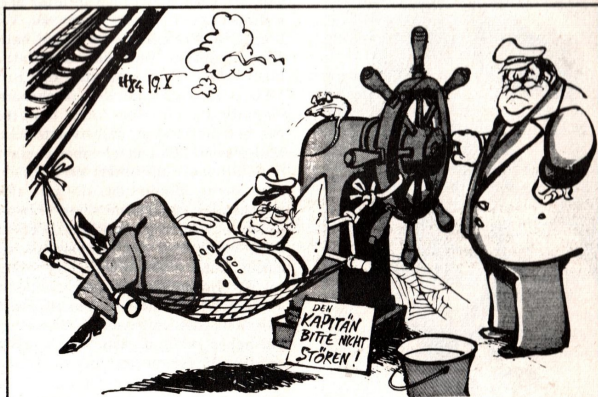
Der CSU-Parteitag war ein neuer Höhepunkt bei der Abrechnung von Strauß mit Kohl und seinen Pannen. Angst vor der „Schicksalswahl“ 1987, wie Strauß sie nennt? Selbst ein CSUler fand, das seien keine Nadelstiche mehr gewesen, sondern schon „Stiche mit dem Küchenmesser“. Daran wird auch Schäuble nicht viel ändern können, der Strauß durch mehr Koalitionsgespräche enger an die Regierungsbe-

schlüsse anbinden will. Das Messer wird immer schärfer gewetzt und wird am Schluß nicht bloß Kohl, sondern uns alle treffen, die sich an solchen Querelen bisher bloß freuen. Auch zu Beginn der 30er Jahre gab es große Meinungsverschiedenheiten und Konkurrenzgefechte unter der Reaktion, wie man am besten mit der Arbeiterschaft fertig werde. Die Entwicklung ging dabei immer weiter nach rechts bis hin zum Faschismus.

CSU-Kreistag für SS-Treffen

Am 2. Mai schon hatte die 4. SS-Polizei - Panzergrenadierdivision in der Realschule in Marktheidenfeld im Oktober ihr sog. „Kameradschaftstreffen“ abgehalten. SPD und Grüne brachten deshalb im Kreistag des Main-Spessart-Kreises einen Antrag ein, der SS künftig keine öffentlichen Räume mehr zur Verfügung zu stellen. Der Antrag wurde von der „Freien Wählergemeinschaft“ und der CSU mehrheitlich abgelehnt. Die CSU stimmte geschlossen und unterstützte die Aussage von Kreisrat Hans Wörl (Freie Wählergemeinschaft), daß die Mitglieder dieser SS-Einheit „jener Generation angehören, die die Demokratie mit aufgebaut hat“.

Sehr aufschlußreich für Ihr Demokratieverständnis, meine Herren CSUler!



Kurbesteuerung

tz-Zeichnung: Heitzinger

Junge Union von Bayern auf Vordermann gebracht

Auf dem Deutschlandtag der Jungen Union stand ein Leitantrag des Vorstands zur Abstimmung. Die entscheidende Passage war: „Die Junge Union setzt sich dafür ein, daß von deutscher Seite die polnische Westgrenze nicht mehr in Frage gestellt wird.“ Daß dieser Satz nicht angenommen wurde, ist das „Verdienst“ der JU Bayern, und v. a. ihres Landesvorsitzenden Alfred Sauter. Stattdessen heißt es jetzt: „Die Junge Union setzt sich dafür ein, daß im Rahmen einer friedensvertraglichen Regelung das Heimatrecht von Millionen Polen nicht in Frage gestellt wird. Die Junge Union spricht sich für eine künftige Politik zwischen Deutschland und Polen, sowie der Sowjetunion aus, die im Rahmen gesamteuropäischer Lösungen Grenzfragen und Hoheitsfragen unbedeutender werden läßt ...“

Die Änderung des Antrags macht deutlich, daß die Westgrenze Polens sehr wohl in Frage gestellt werden soll und damit der Warschauer Vertrag praktisch als Fetzen Papier gilt. Immer wieder betont jetzt die Union, der Warschauer Vertrag bedeute keine völkerrechtliche Anerkennung. Die deutsche Frage sei zunächst keine territoriale Frage, sondern eine Frage der Freiheit (nach der Parole: „Freiheit statt Sozialismus“)! Damit ist die Junge Union auf CSU-Kurs getrimmt.

Ob die östlich der Oder-Neiße lebenden Polen allerdings wiedervereinigt werden wollen (Deutsche leben dort ja nicht mehr viele), ist dabei offen geblieben. Sie werden aber sicher zutiefst dankbar sein für die Zusage, sie würden nicht vertrieben!

Reden über die eigene Schuld

„Reden über das eigene Land: Deutschland“, so hieß eine Serie in den Münchner Kammerspielen. Der letzte Redner: Strauß. Sollte er absichtlich den Schlußpunkt setzen dürfen nach Augstein, Schily, Brand und Werner Herzog?

Abgesehen von seinen bekannten nationalen Thesen (s. DID Nr. 55) bestand der Skandal in seiner Behandlung der Nazi-Zeit. Sie sei zwar kein Betriebsunfall der deutschen Geschichte, mußte er einräumen, aber eine „tragische Episode“ gewesen, eine Fehlentwicklung, ein zynischer Abfall vom christlichen Sittengesetz. Und nach 1945 sei die deutsche Nation wieder zu den Ordnungen der europäischen Kultur zurückgekehrt.

Für Strauß sind die 12 Jahre nationalsozialistischer Herrschaft also ohne Ursprung und Folgen - er fragt nicht, wer den Faschismus wollte und herbeiführte, er fragt nicht, wie er bewältigt und überwunden wurde. 1945 fand ja leider kein Bruch mit der Vergangenheit statt, die Schuldigen wurden höchst selten zur Rechenschaft gezogen, konnten in höchste Ämter aufsteigen und beherrschten nach wie vor Justiz und Verwaltung usw.

Strauß weiter: „Die Barbarei der Nationalsozialisten stellt zweifelsohne eine „aberratio mentis“, ein ungezügelter Ausbruch von Irrationalismus, Inhumanität und spießbürgerlich mißverständener Romantik dar. Aber wenn gleich die Deutschen mit anscheinend unausschöpflicher Leidensfähigkeit und Geduld das Hitler-Regime ertragen, so wurden sie doch in ihrer überwältigenden Mehrzahl nicht zu Verbrechern. Wie ich bereits gesagt habe: Die moralische Substanz der Nation blieb erhalten. Man schätzt, daß rund 50.000 Deutsche an den furchtbaren Gewalttaten mittelbar oder unmittelbar beteiligt waren. Selbstverständlich sind dies 50.000 zu viel - aber in einem 65-Millionen-Volk bilden sie doch eine sehr kleine Minderheit, die mit einer ungeheuren politkriminellen Energie unter Anwendung aller Methoden des Schreckens und der Propaganda das eigene Land eroberte und vergewaltigte. Wir Deutsche brauchen uns bei allem Entsetzen darüber, was Millionen von Menschen in unserem Namen getan haben, nicht als ein Volk von Missetätern zu fühlen und uns viele Generationen lang lähmen zu lassen vom Gewicht einer behaupteten Kollektivschuld.“ (Bayernkurier 01. 12. 84)

Lieber DID-Leser,

den Demokratischen Informationsdienst (DID) kaufen und lesen ist eine gute Sache; ihn abonnieren die bessere. 6 Ausgaben pro Jahr, gelegentliche Sondernummern, Broschüren: was uns die Reaktion an Reaktion abverlangt. Alles für DM 12,- im Jahr, das Förderabonnement zu 20,- DM.

Das Anti-Strauß-Komitee versteht sich als demokratische, antifaschistische Organisation gegen rechte und ultrarechte Kräfte, deren Kristallisationsfigur und Programmgeber Strauß ist. Unsere Aufgabe sehen wir darin, mit Informationen, Hintergründen, Kommentaren und Einschätzungen der demokratischen Bewegung Werkzeuge zum Kampf in die Hand zu geben, um der wachsenden Gefahr aus der „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes“ (das neuerdings bis zur sowjetischen Grenze reicht) entgegenzutreten.

Den DID abonnieren! Geschenkabonnements vergeben! Den Einzelverkauf in die Hand nehmen! Strauß stoppen!

Nein, Strauß war nie gelähmt von dem Gedanken an Kollektivschuld. Zur Zeit des Faschismus hat er kräftig mitgemischt, erst als Mitglied des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK, das bis 1934 eine Untergliederung der SA war und dann der NSDAP), dann wurde er sogar „Offizier für wehrgeistige Führung“ (wozu nur „bedingungslose, kämpferische, fanatische Nationalsozialisten“ zugelassen wurden). Er hat also ein Interesse, die Verbrechen des NS-Regimes einigen wenigen Nazi-Führern und ihren Helfershelfern in die Schuhe zu schieben.

Von dem Satz, daß ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen vollbracht habe, ein Recht habe, von Ausschwitz nichts mehr hören zu wollen, mußte sich Strauß noch distanzieren. Er behauptet, er habe ihn nie gesagt. Jetzt baut er an einer neuen Legende: Deutschland, beherrscht und terrorisiert von einer kleinen Minderheit von 50.000 Kriminellen, die Mehrheit der Bevölkerung weiter an die „hohen Werte abendländischer Gesittung“ gebunden. Goethe, eingebunden in die Haut eines KZ-Häftlings. Und der ehemalige Propagandaoffizier der NSDAP scheut sich nicht in dieser Rede in den „Kammerspielen“, sogar den Widerstand in seinem Sinn zu vereinnahmen.

Natürlich muß man bei der Frage nach der Schuld in erster Linie an die Urheber denken: es waren die Bank- und Konzernchefs, die Hitler brauchten und in den Sattel hoben. Aber nicht das Volk stürzte ihn. Die Rote Armee mußte unser Volk befreien.



Orden Südafrikas für Strauß

Während die südafrikanischen Rassen-Dutzende streikender, schwarzer Arbeiter ermorden und den Rest entlassen, danken sie ihrem tiefschwarzen Spießgesellen Strauß mit dem Großkreuz des „Ordens der Guten Hoffnung“ - auch im Namen der Bevölkerung. Die sich bedanken wird.

Strauß abgeblitzt

Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, ein Freund des Apartheid-Regimes in Pretoria, ist vorerst mit seinem Plan gescheitert, Südafrika mit deutschen Waffen zu versorgen. Die Bundesregierung in Bonn hat einen entsprechenden Vorstoß des Bayern mit dem Hinweis abgewimmelt, die weiße Minderheitsregierung in Südafrika erhalte von keinem westlichen Land offizielle Waffenlieferungen. An das gültige Waffen-Embargo der Uno sei auch Bonn gebunden. Strauß wollte als Einstieg für den Waffen-Deal Unterseeboote anbieten.

aus Spiegel

Späth und Strauß wollen Zustrom von Asylbewerbern eindämmen

wr. Stuttgart (Eigener Bericht)

Die Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU) und Franz Josef Strauß (CSU) haben im Grundsatz eine gemeinsame Bundesratsinitiative zur weiteren Eindämmung des Zustroms von Asylbewerbern vereinbart. Wie der Sprecher der baden-württembergischen Landesregierung, Staatssekretär Matthias Kleinert, und der Staatssekretär der Bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, nach einem vierstündigen Meinungsaustausch der Regierungschefs mitteilten, soll der geplante Vorstoß durch eine von beiden Ländern gebildete Arbeitsgruppe vorbereitet werden. Die Initiative zielt darauf ab, das Verbot der Arbeitsaufnahme für Asylbewerber auf die Dauer des gesamten Asylverfahrens auszudehnen, die Arbeitserlaubnisverordnung entsprechend abzuändern und einen Visumzwang für Asylbewerber einzuführen. Bayern und Baden-Württemberg sähen sich zu diesem Verfahren gezwungen, „weil der dramatische Anstieg des Asylbewerberzustroms während des vergangenen Jahres erneut einen wachsenden Mißbrauch des Asylrechts signalisierte“. Die Zahl der Asylbewerber habe sich bundesweit von 19 737 im Jahr 1983 auf 35 278 im vergangenen Jahr erhöht.

SZ vom 01. 02. 85

Verfassungsmedaille in Gold für Franz Josef Strauß

Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat am Donnerstag aus der Hand von Landtagspräsident Franz Heubl die Bayerische Verfassungsmedaille in Gold - die höchste Auszeichnung des Landtags - erhalten. Heubl, der auch einer der Stellvertreter von Strauß im CSU-Parteivorstand ist, betonte in seiner Laudatio, Strauß habe als langjähriger Bundestagsabgeordneter, als Vorsitzender der CSU, als Bundesminister in verschiedenen Ressorts und seit 1978 als Ministerpräsident „für Bayern Hervorragendes geleistet“. Strauß sei „ein Mann der Idee und der Tat“, worüber sich sogar seine Gegner einig seien. Strauß nahm die Auszeichnung „mit Dank, Freude und innerer Bewegung“ entgegen. Die Medaille werde „dem Tresor meiner Kostbarkeiten einen besonderen Platz einnehmen“, sagte er. Gleichzeitig betonte Strauß, daß „das schöne Bayern von heute“ nicht das Werk einzelner Politiker, sondern die Leistung des ganzen Volkes sei.

(SZ vom 23. 11. 84)



Strauß-Tirade gegen Siemens

Auf der letzten Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth beschimpfte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß nicht nur Politiker-Kollegen (SPIEGEL 4/1985), sondern beklagte sich auch über Spitzen-Manager. Strauß warf dem Vorstand des Münchner Elektrokonzerns Siemens pauschal vor, vergeistigt und deshalb unternehmerisch unbeweglich zu sein. Hintergrund der Strauß-Schelte: Der Siemens-Vorstand hatte sich entgegen dem Wunsch des bayrischen Ministerpräsidenten gewiegt, einem Konsortium zur Übernahme des in Flick-Besitz befindlichen Waffenproduzenten Krauss-Maffei beizutreten. Die Siemens-Manager, so rügte Strauß, hätten 16 Milliarden Mark als Festgeld oder in festverzinslichen Wertpapieren angelegt, statt das zu tun, was ihres Amtes sei: etwas zu unternehmen.

aus Spiegel

Verfahren wegen Beleidigung von Strauß eingestellt

Frankfurt (dpa)

Geigen eine symbolische Geldbuße von 100 Mark hat die 14. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt im dritten Anlauf ein Verfahren gegen den ehemaligen Herausgeber der satirischen Zeitschrift *Pardon*, Hans Nickel, wegen Beleidigung des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß eingestellt. *Pardon* hatte im Bundestagswahlkampf 1980 den damaligen Kanzlerkandidaten der CDU/CSU in einer Photomontage mit Hakenkreuzbinde und zum Hitlergruß erhobenem rechten Arm in einem offenen Wagen stehend gezeigt. Vom Vorwurf der Beleidigung war Nickel 1981 und 1983 von einem Frankfurter Schöffengericht freigesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen beide Freisprüche Rechtsmittel eingelegt. In der kurzen Verhandlung erklärte Nickel jetzt, durch die Photomontage sei ein direkter Vergleich von Strauß mit Hitler nicht beabsichtigt gewesen. Daraufhin stimmte die Staatsanwaltschaft der vom Gericht angeregten Einstellung des Verfahrens zu. Nickel hatte zuvor erklärt, daß er nur eine Geldbuße in „symbolischer Höhe“ akzeptieren werde.

SZ vom 14. 12. 84

F.J. Strauß über Reagans Wahlsieg im Bayernkurier vom 17. 11. 84

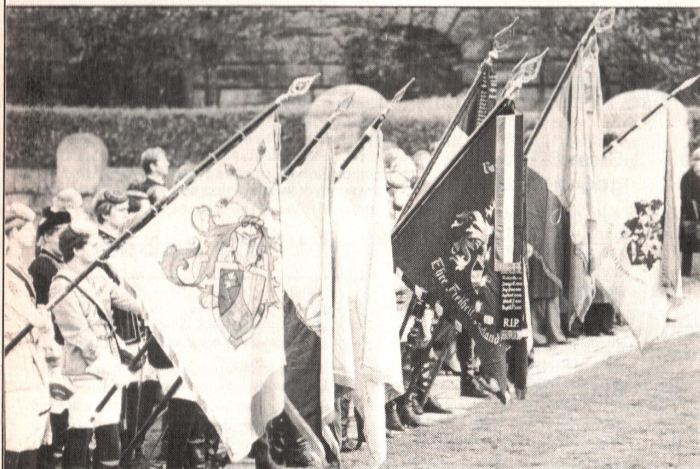
Ronald Reagan hat sein Land — und darüber knirschen seine Gegner innerhalb wie außerhalb der Vereinigten Staaten besonders mit den Zähnen — zu einem neuen Patriotismus geführt. Er hat Abschied genommen von der selbstzerstörerischen Nach-Vietnam- und Nach-Watergate-Stimmung, die Amerika über viele Jahre hinweg gelähmt und bei wichtigen Entscheidungen nahezu handlungsunfähig gemacht hatte. Reagan hat den Amerikanern wieder das Bewußtsein gegeben, daß sie ihr Land lieben dürfen, daß sie stolz sein können auf ihre Geschichte und ihre Leistung, daß sie ihren Fähigkeiten vertrauen können. Diese Botschaft des Präsidenten ist vor allem bei der jungen Generation verstanden und angenommen worden. Wenn die oft gehörte Aussage gilt, daß viele amerikanische Entwicklungen mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auch nach Europa und damit auch zu uns kommen, so stimmt nicht dies hinsichtlich des amerikanischen Patriotismus und seines Ranges gerade bei der Jugend zuversichtlich. Auch wir Deutschen haben das Recht, Patrioten zu sein, unsere Heimat zu lieben, unser Vaterland zu achten, zu unserer Geschichte — mit ihren Licht- und Schattenseiten — zu stehen.

In Kreuth leitete Theo Weigl die Hauptrede von Franz Josef Strauß mit folgender Losung ein (für eine steile Karriere in der CSU allemal sehr nützlich): „Du aber bleibst, wie Du bist, und Deine Jahre nehmen kein Ende.“ Amen!

(aus Frankfurter Rundschau vom 14. 01. 85)

Antifaschisten in Aktion

Die „Trauer“ der Revanchisten



Der alte Geist wird wieder wach am Volkstrauertag in München

Früher hieß dieser Tag „Heldengedenktag“, heute wird er verlogener Weise „Volkstrauertag“ genannt. Das Volk aber hatte sich an diesem 18. November nicht versammelt vor der Ruine des ehemaligen Armeemuseums in München, der zukünftigen Staatskanzlei von Franz Josef Strauß. Brüderlich vereint in Uniform, Burschenschaftlerherrlichkeit und Persianer, aber auch in Lederkluft mit Odalsrune hatte sich dort ein übles Pack zusammengedrückt. Eine Bekannte neben mir sagte: „Ich hab mir immer keine Vorstellung machen können, was Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes eigentlich bedeutet. Jetzt hab ich sie mit eigenen Augen gesehen.“

Alle kamen sie vor dem Grab des unbekannten Soldaten zusammen. Bundeswehrenkompanie und Bundesgrenzschutz, beide mit Stahlhelm und Gewehr, Revanchistenverbände, Landsmannschaften, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Soldatenverbände, NPD, Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger, der Stahlhelm, Vertreter der Kirchen und Behörden. Als der Zapfenstreich, Alte Kameraden und

das Deutschlandlied gespielt wurden, da rann so manche Träne in Erinnerung an die „vergangene Größe“.

Doch schlagartig aus war's mit der weinerlichen „Trauerstimmung“, als junge Leute vom Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD Transparente entfalteten mit den selbstverständlichen Forderungen: Anerkennung der DDR! Polens Westgrenze ist die Oder-Neiße-Friedensgrenze! Der Gespensterreigen schlägt zu, mit Handtaschen, Schirmen, Stöckchen und sogar mit der Holzprothese. „Aufhängen!“ „Schweine!“ wird geschrien. Und diejenigen, die die Transparente gehalten haben, werden von der Polizei wie Verbrecher abgeführt.

Interessant war übrigens auch die Reaktion der Presse in der darauffolgenden Morgenausgabe. Für die Münchner Abendzeitung waren die Transparentlosungen „KP-Parolen“, obwohl im Feuilletonteil der gleichen AZ über einen Vortrag von Willy Brandt berichtet wird, der auch nichts anderes verlangt hat: Anerkennung der DDR.

Die Aktion der Kommunisten hatte deutlich gemacht: es war nicht Trauer um die Toten, die die Gefolgschaft von Strauß an diesen Ort getrieben hatte, sondern Trauer um das verlorene Reich. Die Revanchisten legten den Widerspruch der Straußschen Ostpolitik bloß: Einerseits eine Politik, die vorgibt, die Verständigung, den Ausgleich zu wollen, um letztlich die Wiedervereinigung anzustreben. Die Forderung nach Anerkennung der DDR wäre da nur konsequent und logisch. Andererseits eine Politik, die die Revanchistenverbände fördert, sie als politisches Standbein benutzt. Die Empörung am „Volkstrauertag“ zeigte, daß hier keine Wiedervereinigung zwischen gleichrangigen Partnern angestrebt ist, sondern daß es um eine Heimholung ins Reich geht, nicht nur der DDR, sondern aller Gebiete der Grenzen von 1937, Polens, der CSSR usw. Auf dem Grabmal des unbekannten Soldaten steht eingemeißelt: „Sie werden auferstehen“. Genau das ist es, was Strauß und seine Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes wieder wollen. Darum hatten die Losungen auf den Transparenten sie so ins Mark getroffen.



Mumien in Aktion (Augsburg)



Die Anerkennung der DDR war am Volkstrauertag nicht tragbar

In einer Rede an die Soldaten und alle anderen vor dem Landgericht Koblenz am 05. Juli 1984 versammelten Antimilitaristen (der DID berichtete über den Prozeß gegen Carl Ebell) stellte Thomas Schmitz-Bender vom Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD dazu folgende Überlegungen an:

Es gibt Fälle, wo der Beginn des Kriegs relativ leicht als Aggression zu erkennen ist. Es gibt Fälle, wo das nicht so leicht ist.

Sozusagen im Schatten der Mittelstreckenraketen sehe ich einen möglichen Fall heranreifen, wo eine solche Haltung wie die Eure entscheidend sein wird - entscheidend dafür, ob es dieses Mitteleuropa noch geben wird.

Ich will nicht allgemein bleiben. Warum, glaubt Ihr, hat gerade ein Franz Josef Strauß den 1-Milliarden-Kredit an die DDR „eingefädelt“? Ein Strauß, der sich ganz besonders mit der Wiederaufrüstung, der Rüstung gegen den Osten und der Hetze gegen die DDR hervorgetan hat?

Ist er Realist geworden? Ja: Die BRD allein ist nicht imstande, „gleichberechtigt“ an die Seite der beiden ganz Großen zu treten. Deswegen ja das ganze Westeuropa, die EWG usw. - aber da geht's nicht recht weiter, lassen sich die anderen westeuropäischen Staaten nicht noch mehr gefallen vom mächtigsten unter ihnen.*

Wer aber würde einem wiedervereinigten Deutschland einen Wunsch abschlagen können, den „Platz an der Sonne“ verwehren können.

Ja, mag da eingewendet werden: so mag Herr Strauß denken, aber ob die DDR da mitmacht und ob die Großmächte das zulassen werden, ist doch eine andere Frage. (Besonders nachdem sie erfahren haben, was dabei herauskam, daß man Hitler

Österreich und das „Sudetenland“ überließ: der Appetit des deutschen Imperialismus wurde nicht gestillt, sondern erst richtig geweckt.)

Tatsächlich ist es nicht so wichtig, was ein Herr Strauß denkt, sondern was die Kapitalisten als Möglichkeit verlocken könnte...

Ich will mich nicht darauf verlassen müssen, ob und wie sehr die DDR da nicht mitmacht... Vor allem aber will ich mich nicht darauf verlassen wollen, daß die Vernunft die deutschen Kapitalisten davor zurückschrecken läßt, einen Plan zu verfolgen, mit dem sie die „ganze Welt“ gegen sich haben könnten!

Sondern es ist so, wie es Brecht einmal sehr prägnant und mit äußerster Weitsicht formuliert hat (ungefähr 1952):

DIE KAPITALISTEN WOLLEN KEINEN KRIEG.

Sie müssen ihn wollen.

Die deutschen Kapitalisten haben zwei Möglichkeiten in einem Krieg.

1. Sie verraten Deutschland und liefern es an die USA aus. (Petain.)
2. Sie betrügen die USA und setzen sich an die Spitze.

Die erste Möglichkeit ist bereits, „fast ohne Krieg“, weitgehend erprobt, mit der Gründung des westdeutschen Separatstaats, mit den ganzen 50er Jahren (wobei der deutsche Imperialismus immer stärker geworden ist, zu stark mittlerweile, um sich von dieser Möglichkeit noch viel mehr versprechen zu können).

Die Erprobung der zweiten steht uns noch bevor.

Die deutschen Kapitalisten und Strauß wollen keinen Krieg - sondern was er/sie an deutsch-deutchem im Auge haben, führt mitten in den Krieg und zwar einen, der sich gerade als der „Verteidigungsfall“ darstellen könnte.

Schon eine deutsch-deutsche „Annäherung“ im Sinne von Strauß muß den Argwohn der anderen Großmächte wecken. Und ich kann mir das Geschrei unserer Politiker schon vorstellen: „...verweigern uns Deutschen die Selbstbestimmung...“

Das Fatale wäre, daß es dann - vielleicht sogar noch mehr als beim 1. Weltkrieg! - so aussehen könnte, als ob sie - die anderen - es sind, die Deutschland angreifen, als ob Deutschland das Opfer wäre.

Und wieder würden alle bei uns, die das nicht so sehen, als „Vaterlandsverräter“ verschrien.

Um so wichtiger wäre, dem entgegenzuhalten, was Karl Liebknecht damals sagte (und zwar gerade, als „ganz Deutschland“ empört zu sein hatte, daß ihm das zuvor verbündete Italien 1915 auch noch den Krieg erklärte):

Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land!

Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie.

Und klar ist: je mehr wir heute schon nach dem Grundsatz „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ handeln, desto mehr können wir dafür sorgen, daß es zu der von mir umrissenen verhängnisvollen Entwicklung nicht kommt - also uns erspart bleibt, im Krieg nach diesem Grundsatz handeln zu müssen.

*) War Strauß früher der Vorkämpfer einer „westeuropäischen Einigung“, so überläßt er diesen Platz heute eher z. B. dem Ex-Kanzler Schmidt, der sich kürzlich im Bundestag für ein von den USA unabhängiges Westeuropa unter - nomineller - Führung Frankreichs aussprach, während er, Strauß, letztlich auf dem „Sudetendeutschen Tag“ in München, „mahnte“: „Wir müssen die Sache der Einheit Europas identifizieren mit der Sache der Einheit Deutschlands.“

Faschistische Weihnachtsfeier verhindert

Stuttgart - ein ungestörter Treffpunkt des braunen Spuks. So zeigte sich die Stadt in den vergangenen Jahren. Die CDU-Stadtverwaltung stellte den Faschisten von NPD bis DVU sehr großzügig städtische Räume für deren Versammlungen zur Verfügung, meist sogar unter Geheimhaltung, um den befürchteten antifaschistischen Protest von vornherein zu unterbinden.

Am Vorweihnachtstag wurde der Stuttgarter Stadtverwaltung ein Strich durch die Rechnung gemacht. Die türkischen „Grauen Wölfe“ hatten - wieder einmal - eine städtische Halle für eine Propaganda-Veranstaltung erhalten. Doch - nachdem der Protest der Grünen im Gemeinderat erfolglos geblieben war - nahmen türkische und deutsche Antifaschisten die Sache in die eigene Hand:

Ehe die „Grauen Wölfe“ und die Polizei, die noch nicht zum Schutz der Faschisten parat steht, dies erwarten, wird der Saal von mehr als 200 Antifaschisten schon zwei Stunden vor dem geplanten Veranstaltungsbeginn kurzerhand besetzt. Die handvoll Anhänger der „Grauen Wölfe“, mit Dekorationsarbeiten beschäftigt, werden schnell herausgeschmissen, ihre Transparente zerrissen. Die Forderung erfüllt sich: Keine Veranstaltung der „Grauen Wölfe“. Ein erster Angriff der Faschisten auf den Saal wird abgewehrt, ein Polizist und sieben „Graue Wölfe“ verletzt sich dabei.



Schließlich rückt ein starkes Polizeiaufgebot an, gleichzeitig aber auch weitere Antifaschisten, die vor der Halle die „Grauen Wölfe“, die sich nun auch versammeln, am erneuten Versuch der Erstürmung hindern. Deutlich wird allerdings, daß einer drohenden Erstürmung durch die Polizei nicht lange widerstanden werden kann. So muß die Personalienfeststellung durch die Polizei hingenommen werden, allerdings im Saal. Die Veranstaltung ist dadurch geplatzt, da sich die Polizeiaktion über mehrere Stunden hinzieht. Zwar wird nach deren Abschluß der harte Kern

der türkischen Faschisten von den deutschen Polizisten, die der Parole „Deutsche Polizisten schützen Faschisten“ einmal mehr traurige Ehre erweisen, noch in den Saal geleitet, ihre „Weihnachtsfeier“ aber kann mit fünf Stunden Verspätung nicht mehr stattfinden.

Ob die Stadt Stuttgart daraus endlich lernen wird, ist zu bezweifeln. Allerdings wird sie sich merken müssen, daß es in Stuttgart genügend Antifaschisten gibt, die nicht gewillt sind, die Stadt als Tummelplatz für in- und ausländische Faschisten zu akzeptieren.

Und noch ein Fest gestört

Nürnberg, November 1984. Die Nürnberger Nachrichten kündigen für den 30. 11. 84 eine Festsetzung im Planetarium zu Ehren des 90. Geburtstages des „Raumfahrtpioniers“ Hermann Oberth mit anschließendem Empfang durch den OB Urschlechter an. Prof. Grosser aus München soll den Festvortrag halten: „Porträt eines großen Menschen“.

Was war groß an Hermann Oberth? Wir fanden Interessantes über Oberths braune Vergangenheit heraus.

Oberth - Porträt eines „großen Nazis“

- 1917: Oberth entwirft als verletzter Kriegsfreiwilliger Pläne für eine neue England-Rakete.
- 1941: Oberth wird in die Heeresversuchsanstalt Peenemünde gerufen, wo er maßgeblich an der Entwick-

lung von Hitlers „Wunderwaffe“ V2 beteiligt ist. Bei der Produktion dieser Waffe müssen sich Tausende von KZ-Häftlingen zu Tode schuften, 1944/45 wird sie 4.500 mal über England und Antwerpen abgefeuert und fordert zahlreiche Todesopfer.

Oberth war keiner von den Wissenschaftlern, die von den Faschisten mißbraucht wurden, er stellt sich bis heute bewußt in den Dienst der Nazis. Schon vor dem 2. Weltkrieg lehnte er ein Angebot ab, für Japan, die UdSSR oder Rumänien zu arbeiten, da er „sich als Volksdeutscher verpflichtet“ fühlte.

- Oberth 1962: „Ich hatte gehofft, eine Rakete zu finden, die den Schandvertrag von Versailles hätte zerbrechen können.“ (Spiegel 39/1962)
- Oberth ist für einige wenige Jahre NPD-Mitglied. 1967 tritt er „wegen

beruflicher Nachteile“ wieder aus. (Spiegel 08/1969)

- 1981: Oberth erhält den „Freiheitspreis“ der Nationalzeitung
- Oberth 1984: „Die deutschen Ziele (des 2. Weltkrieges) waren rechtens und unsere Gegner im Unrecht.“ (Der Bote, 25. 06. 84)

Auch das von den Hitler-Faschisten propagierte Herrenmenschentum vertritt Oberth bis heute. Er wünscht sich, daß „das Recht, sich politisch zu betätigen, an eine gewisse Intelligenz gebunden wäre. Daß bei der Wahl nicht ein halbblöder Hilfsarbeiter eine Stimme haben kann und ein Konrad Adenauer auch nur eine.“ (Pflärrer 4/84)

Keine Ehrung für Hermann Oberth - keine Versöhnung mit Nazis

Wir vom AStA der Nürnberger Fach-

hochschule hielten es für einen Skandal und wollten nicht zulassen, daß ein alter Nazi wie Oberth in städtischen Räumen geehrt wird. Ein offizieller Brief, unterzeichnet von ca. 50 demokratischen Persönlichkeiten und Organisationen fordert von der Stadt, die Festsitzung abzusagen.

Ergebnis: Die Festsitzung findet wie geplant statt, der anschließende Empfang durch den OB konnte per Stadtratsbeschuß verhindert werden. OB Urschlechter war das zwar gar nicht recht, aber Georg Holzbauer, CSU-Fraktionschef im Nürnberger Rathaus sprang in seiner Funktion als Bezirksstadtspräsident für ihn in die Bresche. Von keinerlei Berührungängsten mit Nazigrößen gepeinig, kritisiert er die 'peinliche Kleinkariertheit' von SPD und Grünen und bereitet persönlich den Empfang für Oberth. Allen

Protesten der Antifaschisten hält er entgegen: „Wer für den Frieden und gegen den Krieg ist, muß mit der Unversöhnlichkeit Schluß machen.“

Die Festsitzung fand statt und wir gingen natürlich hin, ausgerüstet mit Flugblättern und Transparenten mit Aussagen Oberths, die sein braunes Hemd unter der weißen Weste des 'neutralen' Wissenschaftlers deutlich machten.

Vor dem Eingang wartete schon ein Dutzend Polizisten. Nicht jeder von uns wurde eingelassen, es galt mal wieder, Nazis vor Demokraten zu schützen. Sogar Bundesgrenzschutz hatten sie rangeschafft - die müssen ja mächtig Angst vor uns haben. Schon bei dem Versuch, unsere Transparente zu entrollen, wurden wir von Zivilpolizei aus dem Saal geprügelt.

Die Nazis im Saal mitsamt Georg Holz-

bauer waren von da an unter sich, viele Demokraten hatten sich mit uns empört und die Veranstaltung verlassen. Unsere Aktivitäten in Nürnberg sorgten für einigen Wirbel.

Der Nürnberger Stadtrat sieht sich im Nachhinein noch genötigt, darüber zu diskutieren, wieso der Empfang hat stattfinden können und wie es zu dem massiven Polizeieinsatz gegen Antifaschisten kam.

Auf einem unserer Transparente, die uns von der Polizei entrisen wurden, stand:

Völlige Freiheit des Wortes
- Mit einer Einschränkung
Keine Freiheit für solche,
Welche den Krieg verherrlichen,
Und für solche,
Welche den Völkerhaß fördern.

(Bertolt Brecht)



Regensburger Demonstranten gegen Hinrichtungen und Todesurteile durch die Faschisten in der Türkei



200 Todesurteile hat die türkische Junta in den letzten Monaten ausgesprochen; ein Teil der Urteile ist noch nicht vollstreckt. Mit Tafeln mit den Namen der Ermordeten und Verurteilten demonstrierten Antifaschisten in Regensburg (s. Bild), München und Aachen. Die Reaktion in der Münchner Mensa war so, daß den Studenten das Essen verging.

Der Feind steht rechts

In der rheinischen Stadt Velbert bei Düsseldorf fand am 20. Januar, trotz zahlreicher Proteste antifaschistischer Organisationen, der Landesparteitag der nordrhein-westfälischen NPD statt.

Etwa 3.000 Demonstranten konnten nicht verhindern, daß sich die Faschisten wieder einmal in öffentlichen Räumen und unter totalem Polizeischutz (die ganze Innenstadt wurde abgeriegelt) zusammenrotten konnten. Kommt einem dabei schon vor Wut die Galle hoch - in Velbert gab's noch mehr Grund, in Rage zu geraten:

Nachdem immer mehr Organisationen - von der VVN bis zu den Grünen - ein Verbot des NAZI-Treffens gefordert hatten, kündigten die Stadtobere den Vertrag mit der NPD. Gleichzeitig aber war damit eine Provokation sondergleichen verbunden: Die Velberter CDU kündigte im selben Atemzug auch einen Mietvertrag mit der DKP, die für den 19. 01. 85 ihr „Lenin - Liebknecht - Luxemburg“ - Treffen ebenfalls in Velbert angesetzt hatte. (Beide Verfügungen wurden vom Verwaltungsgericht wieder aufgehoben). Die Begründung kann man sich vorstellen: „Links=Rechts“.

Von der CDU, die nach 1945 die alten Faschisten wie ein Schwamm aufsog, kann niemand Antifaschismus erwarten. Daß sich aber 12 SPD-Stadträte

dem CDU-Vorgehen anschlossen, hat unter den Antifaschisten Wut und Erbitterung ausgelöst. Kein Wunder also, daß auf der antifaschistischen Kundgebung in Velbert Pfiffe ertönten, als ein Redner der SPD angekündigt wurde. Dieser aber hatte sie nicht verdient: Er forderte ein hartes Vorgehen gegen die Nazis und ein Verbot aller faschistischen Organisationen.

Er, wie alle Antifaschisten in der SPD, sollten sich aber überlegen, wie lange ihre Partei solche Mitglieder wie diese 12 Velberter Ratsherren (9 SPD und 4 Grünen-Stadträte stimmten gegen das Verbot der DKP-Veranstaltung) noch dulden will; SPD-Mitglieder, die mit den Rechten die Strauß-Parole „Nazis = Sozis“ gegen links in die Praxis umsetzen.



Skinheads als Begleitschutz der NPD - ausnahmsweise einmal von der Polizei abgeführt

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ab

- ☐ ein Jahresabonnement DM 12,-
☐ ein Förderabonnement DM 20,-

des DEMOKRATISCHEN
INFORMATIONSDIENSTES

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

Bitte senden an: Heinz Jacobi,
Waltherstr. 28, 8000 München 2

Postscheckkonto Jacobi
München 288265-809

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch ungebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.

Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Kontaktadresse: Heinz Jacobi, Waltherstr. 28, 8000 München

V.i.S.d.P.: Christian Lehsten, Isartalstr. 24, 8000 München 5, E.i.S.

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee München und Regensburg

200 000 gegen den Schwarzen Terror



Ignaz Platzer, eines der Opfer des Münchner Oktoberfestattentats, bei der Kundgebung in Bologna gegen den faschistischen Terroranschlag am 23. 12. 1984

15 Tote, 3 Vermisste und 180 Schwerverletzte, außerdem noch ein Polizist, der sich aus Verzweiflung und Entsetzen selber erschoss - das ist die grauenhafte Bilanz der blutigen Weihnacht 1984. Dort, wo vor 10 Jahren Faschisten 12 Menschen bei einem Bombenattentat auf den Italicus-Zug bei Bologna ermordeten, schlugen sie erneut zu. Ermordet wurden Arbeiter und ihre Angehörigen, die aus dem Süden kommend über Weihnachten Verwandte in Norditalien besuchen wollten.

Bereits am 24. 12. demonstrierten über 100.000 Menschen in Bologna gegen den faschistischen Terror.

Am Donnerstag, den 27. 12. kamen mindestens 200.000 aus ganz Italien nach Bologna zur Trauerfeier auf die Piazza Maggiore. Es war beeindruckend, mit welcher Selbstverständlichkeit, mit welcher eindeutig antifaschistischen Haltung die Menschen zur Kundgebung kamen. Während im bundesdeutschen Fernsehen die Nachrichten-Sprecher von „mutmaßlichen“ rechtsradikalen Attentätern schwafelten oder frech behaupteten, die Bekenneranrufe von faschistischen Organisationen seien zur „Ablenkung“ gekommen, war in Bologna, in ganz Italien jedem klar, wessen Handschrift das Massaker trug.

In ganz Italien waren während der Trauerkundgebung Streiks ausgerufen. In der Reggio Emilia, der Provinz um Bologna, war von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr Generalstreik. Als wir um kurz nach 9.00 Uhr noch schnell einen

Espresso trinken wollten, kam ein Polizist ins Cafe und untersagte dem Wirt, weiter auszuschänken - es ist Streik!

Aus allen Landesteilen sah man Delegationen kommen, z. B. aus Neapel 30 Müllmänner in Arbeitsklamotten, mit einem riesigen Transparent, Sprechchöre gegen den Schwarzen Terror rufend; 30 bis 40 Eisenbahner in Uniform in Kolonne auf den Platz marschierend; große Delegationen aus Krankenhäusern von Schwestern und Pflägern in Arbeitskleidung und Betriebstransparenten, usw.

Wir waren von München zu siebt nach Bologna gefahren, um unsere Solidarität auszudrücken im Kampf gegen die Faschisten. Mitgefahren war Ignaz Platzer, dessen Familie beim Oktoberfestanschlag 1980 schwer getroffen wurde. Antonio, ein italienischer Kollege, der bei den Aktivitäten zur Wiederaufnahme der Ermittlungen viel geholfen hatte, zwei Genossen vom Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD und drei Mitglieder vom Anti-Strauß-Komitee-München. Unser in Deutsch geschriebenes Transparent wurde von den Italienern spontan verstanden, weil die Menschen wußten, warum wir gerade aus München zu ihnen gekommen waren. („Die Toten vom Italicus, Bologna, München und vom 23. 12. 84 mahnen: Faschisten hinter Gitter! Antifaschisten aus München“). Uns wurden die Hände geschüttelt, es gab Applaus und immer wieder wurden wir mit erhobener Faust begrüßt. Auch der stellvertretende Bürgermeister von Bologna, dem wir im

Rathaus eine Grußadresse überreichten, empfing uns wie selbstverständlich, kümmerte sich sofort darum, daß unser Transparent auf dem Platz eine gute Position bekam und organisierte das Fernsehen, damit mit uns ein Interview gemacht werden konnte. In seiner Rede forderte der Bürgermeister von Bologna Säuberung der Geheimdienste, der Justiz, der Staatsanwaltschaft und beschuldigte die Behörden, die Ermittlungen zu verschleppen und die Hintergründe zu verschleiern. In mächtigen Sprechchören wurde bei der Kundgebung „Gerechtigkeit“ gefordert. Craxi wurde als Mörder angeprangert und viele riefen, daß die Militärs und Polizeioffiziere von der Ehrentribüne verschwinden sollten. Aus den gleichen Gründen boykottierten auch die meisten Angehörigen der Attentatsopfer die offizielle Trauerfeier.

Wie sehr Staatsapparat, Militär, Geheimdienste, Justiz, Mafia und organisiertes Verbrechen in Italien miteinander verwoben sind, weiß man ja spätestens auch seit den Enthüllungen über die P 2 Loge. Es ist also nicht nur bei uns so manches faul im Staate, aber ein ganz großer Unterschied ist offensichtlich: Hunderttausende gehen in Bologna aus diesem Anlaß auf die Straße, Streik ist selbstverständlich, und zwar ein politischer Streik! Neben mir stand während der Kundgebung eine etwa 40-jährige Frau, die etwas Deutsch sprechen konnte. Sie sagte: „Bologna ist rot, die Menschen partizipieren am Leben der Stadt.“ Um bei uns ein solches Bewußtsein zu schaffen, gilt es noch viel zu tun.

Wg. Bayr. Justiz

Das Auge des Gesetzes sitzt in der Stirn der Herrschenden. Da wir die Inkarnation des Rechtskartells, Franz Josef Strauß, etwas näher betrachten, fixiert es uns. Wir schlagen den Sack - und Esel fühlen sich getroffen. Haus-suchungen wegen öffentlich verteilter Flugblätter, ungezählte Festnahmen, ein Haftbefehl, Beschlagnahmen bis hin zu der quitierten „Sicherstellung“ eines aufrührerischen Ausrufezeichens („!"), Personenkontrolle mitten auf dem Sendlinger Torplatz: „Wir wollten nur mal überprüfen, ob der Haftbefehl gegen Sie noch läuft.“ So sorgfältig wird man in der Anonymität der Millionenstadt betreut. Wenn drei oder mehr von uns gegen Herrn Strauß etwas unternehmen, kommen Bußgeld-bescheide wegen „unangemeldeter Versammlung“; dafür wird uns die Genehmigung untersagt, wenn wir uns wirklich angemeldet versammeln mögen, da der „Versammlungsleiter“ dem Kreisverwaltungsreferat schon unange-nehm demokratisch aufgefallen war.

Im Falle der „unangemeldeten Ver-sammlung“ wiederum werden alle vier Teilnehmer sofort zu Versammlungs-leitern ernannt und entsprechend ge-würdigt, gerne auch etwas entwürdigt durch nachher gelegnete Schläge, Tritte, Bedrohungen, Beleidigungen. Wachsam ist es, das schielende Auge des Gesetzes in Bayern, dem Kühnen entgeht, wo aber wir regelmäßig mit reichlich wirren Angaben in den Ver-fassungsschutzbericht gelangen.

Es kommt etwa zu einem Strafver-fahren wegen angeblichen Diebstahls eines Schinkens im Wert von DM 10,35. Nach dem Freispruch legt die Staatsan-waltschaft - es handelt sich schließlich um ein ASK-Mitglied - Berufung ein. Neuerlicher Freispruch in 2. Instanz. Mit leichter Verärgerung entdeckt man nun Strauß- und Polizisten-Beleidigun-gen. DM 2.400,- und Kosten. So geht das fort, man möchte rasend werden. Es gibt keine Justizskandale, nur den Skandal bürgerlicher Justiz. In nur

zwei Jahren verfolgte sie in 18 Fällen bis zu 24 „Täter“ aus dem Umkreis des Anti-Strauß-Komitees. Es hagelte Strafen und Rechtsanwaltskosten gegen den demokratischen Kampf. Da wollten die Behörden nicht nachstehen und forderten Bußgelder, Verwaltungs-gebühren für Demonstrationen und was einem halt so einfällt, wenn man jemanden finanziell erledigen will.

Die unverfrorensten Fälle nur der bei-den letzten Jahre wollen wir in einer Broschüre dokumentieren. Dafür und für die Kosten der Opfer, die sich nicht einschüchtern lassen wollen, bitten wir um Spenden auf das

Postgirokonto Heinz Jacobi
München, 28 82 65 - 809

(Vorsichtige Schätzungen der Gesamt-kosten in einem Dutzend Jahren Anti-Strauß-Komitee: 40.000,- DM).

Einen kurzen Ausblick auf die Justiz-schande bietet die folgende Studie über den ehrenwerten Strauß.

Strauß nicht zu beleidigen ist eine Kunst

Das Thema Justiz in Bayern ist an sich schon unerfreulich genug, es wird aber gänzlich unerträglich, wenn sich Franz Josef Strauß beleidigt fühlt. Da scheint dann die Zeit des kaiserlichen, vorrepublikanischen Gerichts zurück-zukehren und dem bayerischen Mini-sterpräsidenten wird nicht weniger als das Majestätsprivileg zugebilligt. An zwei Prozessen soll das verdeutlicht werden.

Knappe vier Jahre ist es jetzt her, da haben die zwei Regensburgerinnen Bri-gitte Renkl und Susanne Eichhorn an-läßlich eines Strauß-Auftritts ein Transparent gehalten, auf dem stand: „Strauß deckt Faschisten“. Der Belei-digungsprozeß, den Strauß gegen beide Frauen anstregte, ging inzwischen in die 5. Runde. (Nebenbei bemerkt, es gehört schon viel dreckige Phantasie dazu, um diese Losung als anstößig, unflätig und obszön zu bezeichnen, wie es der Staatsanwalt getan hat). Inter-essant ist, welche Verrenkungen die Justiz absolviert, um zu einer Verurteil-ung zu kommen.

Die erste wurde so begründet: „Der Bayerische Ministerpräsident wird von den Angeklagten damit nicht nur in die geistige Nähe des Faschismus und seiner Führer gerückt, sondern als Komplize diesen gleichgestellt. Bei der Äußerung „Strauß deckt Faschisten“ handelt es sich somit um einen offen-

kundigen Wertungssexzeß, der eine reine Schmähdung darstellt. Diese Ein-schränkung der Meinungsfreiheit ging sogar dem gewiß nicht for-schrittlichen Bayerischen Obersten Landesgericht zu weit. Es hob das Urteil auf und verwies die Sache zur Neuverhandlung an das Land-gericht Regensburg zurück. Man möchte aufatmen, scheint doch der Freispruch in der nächsten Verhandlung so gut wie sicher. Aber das dicke Ende kommt noch.

Nicht die Losung „Strauß deckt Fa-schisten“ ist jetzt der Grund für die Verurteilung, sondern die politische Gesinnung der beiden Frauen. „Die beiden Frauen sind Mitglieder des sog. 'Anti-Strauß-Komitee' (...) Nach der Überzeugung des Berufungsgerichts ist die Kundgabe der beiden Angeklagten objektiv so zu verstehen, daß der Nebenkläger so handelt, weil er ebenfalls eine faschistische Gesinnung besitzt. Dies ergibt sich aus den besonderen Umständen, unter denen diese Kund-gabe erfolgte. Wie bereits ausgeführt, wurde diese Demonstration vom Anti-Strauß-Komitee veranstaltet, einer Vereinigung, die den Nebenkläger als Hauptvertreter der faschistischen Kräfte in der Bundesrepublik ansieht. Dies-es Komitee und seine politischen Zie-le sind dem politisch interessierten Bürger aus zahlreichen Aktionen und

Veröffentlichungen in der Presse be-kannt. (...))

Bei der Strafzumessung konnte zugun-sten der beiden Angeklagten berück-sichtigt werden, daß sie beide nicht vorbestraft sind. Nicht strafmildernd wirkt sich hingegen ihr Geständnis aus. Dieses Geständnis ist nicht von Ein-sicht und Reue getragen. Die beiden Angeklagten setzen ihren politischen Kampf gegen den Nebenkläger auch weiterhin fort.“

Bei soviel Dreistigkeit bleibt einem zu-nächst die Spucke weg. Aber der Trick der Staatsanwälte und Gerichte ist ei-genentlich ganz einfach. Man nehme die Äußerung eines Strauß-Gegners, drehe sie dreimal um, unterstelle dann, wollte sagen „Strauß ist ein Nazi“ und schon kann man ihn wegen Belei-digung verurteilen.

Bis zum Exzeß spielten und spielen z. B. Kempfener Richter und Staatsan-wälte und der Strauß-Anwalt Ossmann dieses Spielchen beim Prozeß um den Anachronistischen Zug, der im Wahl-kampf 1980 gegen Strauß durch die BRD zog. Im sog. Plagenwagen saßen als Pappfiguren die sechs Plagen in der Maske von Nazi-Größen wie Hitler, Göring, Himmler etc. Strauß-Darsteller Alfons Lukas fiel die Aufgabe zu, die Auseinandersetzung, die Strauß mit diesen führt, darzustellen. In den Regieanweisungen „Realistisch gegen



Alfons Lukas auf dem Weg zum Gericht, um sich seinen Freispruch abzuholen

Strauß“ heißt es hierzu:

Natürlich kann der Zug die wissenschaftliche Behandlung der Frage, ob und wie sehr die Gefahr der Wiederkehr eines solchen Regimes wie des „Hitlerfaschismus“ besteht, nicht ersetzen. Allerdings braucht man wiederum nicht unbedingt Wissenschaftler zu sein, um eines zu sehen: Es gibt keinen bundesdeutschen Politiker, dem in all seinen mündlichen und schriftlichen Äußerungen so sehr anzumerken ist, daß seine Gedanken immer wieder zu Hitler und der Hitler-Politik zurückkehren. Nicht in dem Sinne, daß man sagen könnte: Strauß will nichts anderes als ein neuer Hitler sein. Er wird viel mehr regelrecht böse, wenn man Eigenschaften, die er für sich in Anspruch nimmt, Hitler zuschreibt: „Sie halten ihn für intelligent, als ich ihn gehalten habe“. *) Und es besteht kein Grund zu der Annahme, daß er sich „verstellt“, wenn er Hitler schmäht, bzw. selbst wenn er dabei auch noch nach der demokratischen Öffentlichkeit schielen sollte, so wäre das nicht das Entscheidende. Entscheidend ist, als w a s er Hitler beschimpft, und daß er es ist, der das tut. Er - der aus kleinbürgerlichen Verhältnissen Stammende, der von sich behauptet, daß er sich der „nationalen Kräfte“ zu bedienen vermöge und wahnsinnige Versprechen macht **) - hat es wohl nötig, Hitler in ganz bestimmter Weise zu schmähen: Kleiner Spießbürger...bornierter Nationalist...zwischen Wahnsinn und Verbrechen hin- und hergetriebener Pathologe.“ ***) Daraus spricht eine Geg-

nerschaft, die durchaus echt sein kann: So echt wie die Gegnerschaft des Champions, der eine „Chance“ haben will und deswegen alle Schwächen seines Konkurrenten aufzählt, darunter auch solche, die dieser tatsächlich hat. Oder wie die eines Staubsaugervertreters, der es mit einem Kunden zu tun hat, dem ein anderer ein Modell verkauft hatte, das dann explodiert ist. Chaplin, der in dem Film „Der große Diktator“ das Verhältnis zwischen Mussolini und Hitler sehr realistisch beschreibt, könnte so etwas darstellen.

Für einen bayerischen Staatsanwalt bzw. Richter ist das der Gipfel der Majestätsbeleidigung, die - Kunstfreiheit hin oder her - geahndet werden muß. Also wird eine Beleidigung konstruiert, die sich im Urteil dann so darstellt: Es „vermittelt sich dem Betrachter engste Zusammengehörigkeit des Nebenklägers mit den Führern des Dritten Reiches dadurch, daß er sie alle zusammen „in einem Boot“ bzw. Fahrzeug sitzen sieht.“ Diesmal hatte auch das Bayerische Oberste Landesgericht keine Skrupel, das Urteil zu bestätigen. Erst die Beschwerde des Strauß-Darstellers Alfons Lukas beim Bundesverfassungsgericht verhalf der Kunstfreiheit zum Durchbruch. Es hob die früheren Verurteilungen auf und wies die Sache ans Amtsgericht Kempten zurück.

Am 14. 12. 84 wurde Alfons Lukas auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

In der mündlichen Urteilsbegründung stützte sich der Richter interessanter-

weise nicht auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das mit der Kunstfreiheit argumentiert hatte. Sondern er wies die Anklage auf Beleidigung zurück und führte aus:

Strauß sei keine hydraulisch betätigte Puppe wie die anderen gewesen. Er sah als Möglichkeit der Deutung: Strauß werde nicht als Nazi dargestellt, aber Hitler sei schließlich mit den Stimmen der Konservativen an die Macht gekommen. Papen sei in der Regierung Hitler gewesen, aber Papen sei sicher kein Nazi gewesen. Die Aussage könnte sein: konservative Politiker sind nicht geeignet als Antifaschisten, weil sie, wie Papen, glauben, solche Strömungen für sich nützen zu können. Strauß sei nicht der geeignete Kämpfer gegen den Faschismus. Die Aussage könnte aber auch ganz einfach sein: schließt euch den Kommunisten an, sie sind die einzigen Antifaschisten! Das sei eine zulässige Aussage.

Wenn keine Beleidigung vorliegt, ist natürlich die Frage, ob die Kunstfreiheit hier gilt oder nicht, belanglos. Doch das Bundesverfassungsgericht hat eins bewirkt, daß nämlich von einem bayerischen Gericht seit langem wieder einmal ein Urteil in Sachen Strauß ergeht, das letztlich vom Prinzip der Meinungsfreiheit ausgeht. Das ist etwas, was den Antifaschisten im Kampf gegen Strauß nützen wird.

Ein solcher Erfolg der Strauß-Gegner stinkt der CSU natürlich gewaltig. Die Kreisvorstandschaft der CSU vertrat einhellig die Meinung, daß es „beschämend sei, wenn ein solches Machwerk in dem ein aufrechter Demokrat wie der bayerische Ministerpräsident in die Nähe von Nazigrößen gerückt werde, als Kunstwerk gewertet werde und die Initiatoren daher nicht wegen Beleidigung verurteilt werden dürften.“ (Zitiert nach Allgäuer Nachrichten, 09. 01. 85)

Unbelehrbar, wie sie nun einmal sind, können sich auch der Staatsanwalt und Strauß-Anwalt Ossmann nicht mit dem Freispruch abfinden. Sie haben Berufung eingelegt.

Auf ein Neues !

*) „Disput“ zwischen Franz Josef Strauß und Golo Mann, am 28. 02. 80 um 20.15 Uhr durch das ARD-Fernsehen ausgestrahlt.

**) Es ist ebenso wahnsinnig wie gefährlich in Hinblick darauf, welche Politik er verheißt, wenn Strauß auf dem Ingolstädter CSU-Parteitag 1980 behauptet, daß die Truppen der UdSSR nicht in Afghanistan einmarschiert wären, wenn er schon Kanzler wäre.

***) o. g. „Disput“ zwischen Strauß und Golo Mann

Düsseldorfer Flick-Zentrale besetzt

In der Flick-Zentrale übergeben am 10. 01. 85:

Erklärung

Wir stehen hier mit der Tafel:

Flick enteignen heißt:
Millionen über Milliardäre stellen
Wir beteiligen uns an dieser Aktion, weil die Interessen von Millionen nicht vertreten sind durch Abwarten und unter den Teppich kehren. Wir bekräftigen: Flick muß enteignet werden.

Flick enteignen heißt:
Das Übel an der Wurzel packen
Wir beteiligen uns an dieser Aktion, weil das Eigentum zu nichts verpflichtet zu sein scheint, als durch uns vermehrt zu werden. Und folglich ein schön formulierter Grundgesetzartikel uns umso mehr verpflichtet, das Übel auszureißen.

Flick enteignen heißt:
Strauß ein Stück entmachten
Wir beteiligen uns an dieser Aktion, weil Strauß von Flick gar nicht bestochen werden kann. Sondern unbestechlich für die Flicks eintritt.
Wir bekräftigen: Flick muß enteignet werden.

Flick enteignen heißt:
Dort „sparen“, wo das Geld ist
Wir beteiligen uns an dieser Aktion, weil wir die größten Spender sind ohne jeden eigenen Nutzen. Und weil am meisten an uns gespart wird, um die Flicks bei Spenderlaune zu halten.
Wir bekräftigen: Flick muß enteignet werden.



Flick enteignen heißt:
Die Demokratie stützen und nützen
Wir beteiligen uns an dieser Aktion, weil die Mehrheit diese Demokratie nur stützt, wenn sie sie für sich nützt.
Wir bekräftigen: Flick muß enteignet werden.

Flick enteignen heißt:
Vor dem nächsten Krieg die Lehre aus dem letzten ziehen
Wir beteiligen uns an dieser Aktion, weil in unserer Jugend die Enteignung des Kriegsverbrechers Friedrich Flick auf der Tagesordnung stand und Friedrich Flick unermüdlich bis heute bewiesen hat, daß er ebensowenig lernen wird.
Wir bekräftigen: Flick muß enteignet werden.

Flick enteignen heißt:
Die Wende wackeln lassen
Wir beteiligen uns an dieser Aktion, weil weder Flick noch die Regierung von uns gewählt wurden, aber die unser Leben bisher übergenuß haben wackeln lassen.
Wir bekräftigen: Flick muß enteignet werden.

Bei Flick eindringen heißt:
Den Frieden über den „Hausfrieden“ stellen
Wir alle beteiligen uns an dieser Aktion, weil es keinen Frieden geben kann und wird, solange uns solche wie Flick im Genick sitzen und die Mehrheit ihres riesigen Eigentums über alles stellen.
Wir bekräftigen: Flick muß enteignet werden.